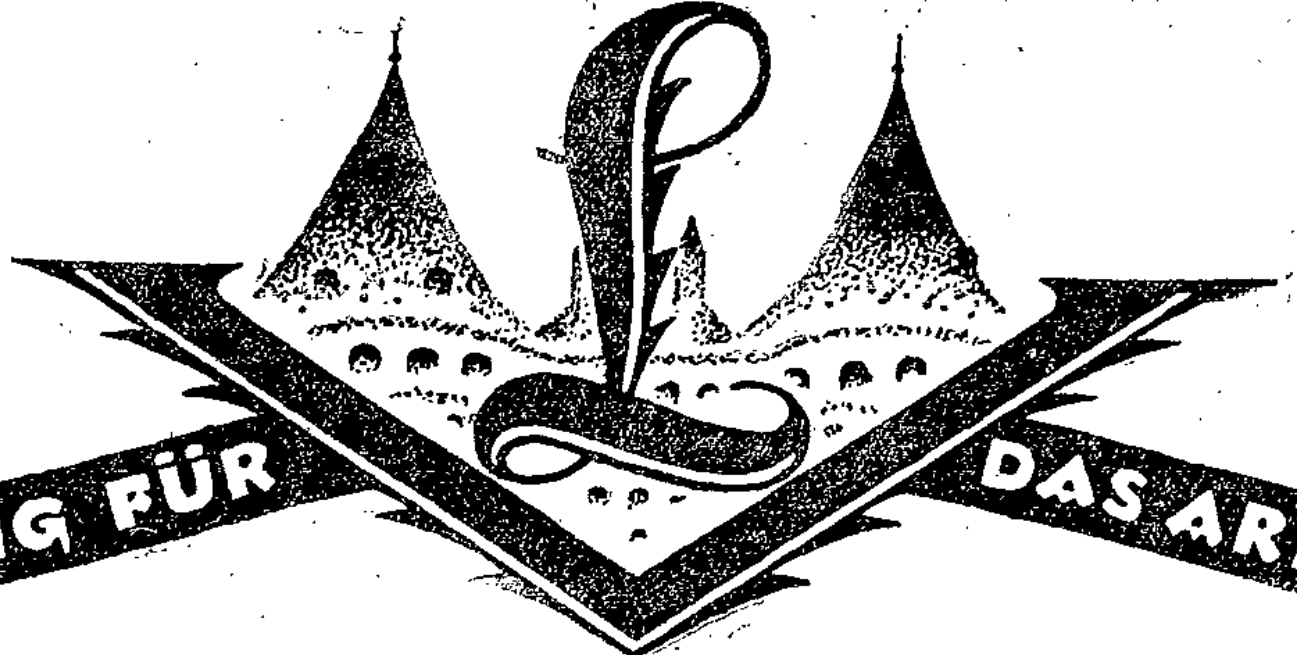


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Pestzeile oder deren Raum 6,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mark, Reklamen 30,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

Lübecker Volksbote

Nummer 162.

Freitag, den 14. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Unklarheit!

Soll alles beim Alten bleiben?

SPD. Berlin, 13. Juli. (Drahtbericht.)

Die parlamentarische Lage ist trotz aller Verhandlungen, die im Laufe des Donnerstag stattfanden, auch weiterhin noch als ernst zu betrachten. Sowohl zwischen der Regierung und den einzelnen Parteien, als den Parteien unter sich, wie den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Fraktionen fanden Beratungen über die Situation statt, die zu der Möglichkeit führen sollten, die Schwierigkeiten zu überbrücken. Das Ziel sämtlicher Besprechungen war es, für die drei zu verabschiedenden Gesetze zum Schutz der Republik eine qualifizierte Mehrheit zu finden; ferner trotzdem die Linksopposition zu ermöglichen und die Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Es kann festgestellt werden, daß sämtliche Koalitionsparteien, ebenso die Gewerkschaften und die Unabhängigen, bestrebt sind, die Schwierigkeiten zu überbrücken und vor allem aus außenpolitischen Rücksichten eine Auflösung des Reichstages zu vermeiden.

Trotz des ernsten Willens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zu einer Lösung der schwierigen Situation beizutragen, denkt sie nicht daran, grundsätzliche Forderungen aufzugeben oder auf sie gar zu verzichten. Vor allem muß verlangt werden, daß der auf Antrag der Volkspartei in dem Gesetzentwurf zum Schutz der Republik eingefügte Paragraph über die Sprengung von Versammlungen verschwindet, daß eine Landesverweisung der Fürsten, die bisher von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wird, aufrechterhalten bleibt, und daß der in dem Gesetzentwurf vorgesehene Paragraph, der allen Mitgliedern der in den letzten Jahren regierenden Fürstentümer die Kandidatur zum Reichspräsidenten abspricht und ihnen das Recht, in der genannten Zeit die Stellung eines Reichsministers zu bekleiden, nimm, aufrechterhalten wird. Auch auf die Bestrafung der monarchistischen, die Republik gefährdenden Agitationen, die von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde, müssen die Sozialdemokraten u. a. bestehen. Hinzu kommen natürlich schwerwiegende Punkte in bezug auf das Reichsbeamtengesetz und das Kriminalpolizeigesetz, über die zu reden sein wird, sobald die einzelnen Gesetzentwürfe im Plenum zur Beratung stehen.

Da der Reichspräsident erst Ende der Woche zurückkehrt, ist damit zu rechnen, daß eine Klärung der Lage vor Sonnabend nicht erfolgt. Die bürgerlichen Parteien wünschen zwar das Gesetz zum Schutz der Republik am Sonnabend in dritter Lesung zu verabschieden. Ob das möglich sein wird, hängt von der Ueberbrückung der bisher noch bestehenden Schwierigkeiten ab.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Donnerstagabend 7 1/2 Uhr zu einer eingehenden Besprechung der politischen Lage zusammen. Ueber das Vorgehen der Fraktionsführer bei den kommenden Besprechungen mit den Koalitionsparteien und der Regierung herrschte vollste Einmütigkeit.

In seiner gestrigen Abendausgabe verlangt der „Vorwärts“ endlich klare Stellungnahme der bürgerlichen Koalitionsparteien. Scharf unterstreicht er nochmals den Ernst der gegenwärtigen Situation und kündigt den entschlossenen Kampf der Sozialdemokratie gegen jede Verschleppungs- und Verwässerungspolitik an. U. a. schreibt er:

Die Aufregung über die innerpolitische Lage, die sich gestern im Reichstag, heute morgen in der Presse bemerkbar machte, läßt sich nur daraus erklären, daß endlich der Ernst der von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen erkannt worden ist. Daß darüber bisher falsche Meinungen bestanden, ist nicht unsere Schuld. In Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien ist der Standpunkt unserer Partei stets mit größter Klarheit zum Ausdruck gekommen, und die breiteste Öffentlichkeit wurde durch den „Vorwärts“ von ihm unterrichtet. Nicht einmal, in jeder Ausgabe seit dem Tode Rathenaus, ist hier gesagt worden, daß die Sozialdemokratische Partei durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Republik fordert und daß diese Maßnahmen nur von einer Regierung durchgeführt werden können, die sich auf die breitesten Massen der republikanisch gesinnten Bevölkerung stützt.

Wenn trotzdem bis gestern die Meinung genährt werden konnte, die Sozialdemokratie werde sich alle Verschleppungen der Schutzgesetzgebung gefallen lassen und auf die Verbreiterung der Regierungsmehrheit nach links verzichten,

so gehört das zu den psychologischen Unbegreiflichkeiten, und es ist zu begrüßen, daß über diese Frage endlich Klarheit geschaffen ist. Die Erregung, die in diesem Augenblick besteht, hätte sich vermeiden lassen, wenn man sich überall von vornherein darauf eingestellt hätte, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Die bürgerliche Presse aber hat gestern, am ersten Tage ihres Wiedererscheinens, den großen Fehler begangen, die Dinge so darzustellen, wie sie nicht sind, und wenn dabei das verhängnisvolle Wort fiel, es würde „alles beim Alten bleiben“, so wurde eine Antwort notwendig, die aufklärend wirkt. Die große Bewegung, die heute durch die Massen der republikanisch gesinnten Bevölkerung geht, wird sich nicht damit beruhigen lassen, daß „alles beim Alten bleibt“. Denn wenn solche Erfahrungen ohne Furcht, solche Anstrengungen ohne Wirkung blieben, dann müßte die Stimmung der Massen in ein gefährliches Schwanken zwischen Resignation und Verzweiflung geraten, und die schlimmsten Folgen wären zu befürchten.

Schwerste Schädigungen des Volksganzen lassen sich nur dann vermeiden, wenn die republikanische Schutzgesetzgebung eine für die beiden sozialdemokratischen Parteien annehmbare Gestalt gewinnt, und wenn ihre entschlossene Durchführung durch eine nach links erweiterte republikanische Regierung garantiert wird.

Würde die neueste Mitteilung über die Stellungnahme der vier Arbeiterorganisationen die Erkenntnis fördern, daß es so nicht geht, und daß bessere Methoden zur Lösung unserer innerpolitischen Schwierigkeiten gefunden werden müssen, so wäre das ein erfreulicher Erfolg. Andernfalls wird schließlich doch nichts übrig bleiben als die Reichstagsauflösung, der Appell an das Volk. Auch hierüber sollte man mit etwas weniger Aufregung sprechen, man soll nicht so tun, als ob alles in Trümmer gehen müßte, wenn in einer verfahrenen politischen Situation zu dem verfassungsmäßigen Mittel der Neuwahlen gegriffen wird. Alles in allem, es kommt darauf an, daß nicht „alles beim Alten bleibt“, sondern daß das notwendige Neue mit möglichst geringem Augenblicksschaden zum Wohl des Ganzen rasch zustande kommt. Daran sollten alle mitwirken, denen das Wohl der Republik am Herzen liegt.

Die Antwort der Reparationskommission.

Die Julirate muß bezahlt werden.

Paris, 13. Juli.

Dem Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, wurde heute abend von der Reparationskommission folgende Antwort übergeben:

Die Reparationskommission beehret sich, der Kriegslastenkommission den Empfang der Note vom 12. Juli zu bestätigen. Sie behält sich vor, diese mit all der Sorgfalt zu studieren, die der Ernst der Lage erfordert, die darin geschildert wird. Sie ist der Ueberzeugung, daß die Reparationszahlung nur eine und nicht die wichtigste Ursache für die gegenwärtige Entwertung der Mark ist, und daß man eine feste Basis nur durch Verwirklichung der Finanzreform herbeiführen könnte, wie sie seit langer Zeit von der Reparationskommission gefordert wurde. Solange der Bericht des Garantienkomitees über die Durchführung dieser Maßnahmen der Reparationskommission nicht zur Kenntnis gebracht worden ist, kann sie keine Entscheidung treffen. Wegen der Dringlichkeit dieses Problems glaubt sie aber, eine Entscheidung der deutschen Regierung noch vor dem 15. August ds. Js. übermitteln zu können. Was die Zahlung anlangt, die am 15. Juli fällig ist, so wurde die Kriegslastenkommission durch einen Brief vom 11. d. M. benachrichtigt, daß die Höhe dieser Zahlung sich wegen gewisser Deutschland zugute kommender Beiträge nur auf 32 107 397,70 Mark beläuft. Diese Summe, von der die deutsche Regierung erklärt, daß sie für die Reparationskommission zur Verfügung halte, muß am 15. Juli bezahlt werden. gez. Louis Dubois, John Bradburn.

Das Moratorium.

Berlin, 13. Juli.

Wie der „Eclair“ mitteilt, wird die Reparationskommission Deutschland wahrscheinlich ein Moratorium unter folgenden Bedingungen gewähren: 1) Einrichtung einer alliierten Finanzkontrolle in Deutschland, 2) Gewährung einer Zahlungsfrist für die äußere Schuld Frankreichs, 3) Ausgabe einer internationalen Reparationsanleihe für Deutschland.

Reichstag.

259. Sitzung vom 13. Juli, 2 Uhr nachmittags.

Die Interpellation der Deutschnationalen wegen der Demonstrationen am 4. Juli wird in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

In zweiter und dritter Lesung wird ein Gesetzentwurf angenommen, der die Regierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats mit Zustimmung des Reichsrats die Eingangszölle zu erhöhen, herabzusetzen oder neue Zölle einzuführen. Der Vorlage ist die Bestimmung hinzugefügt worden, daß neben dem Reichsrat auch ein Ausschuß des Reichstages gehört werden soll.

Der von den Koalitionsparteien eingebrachte Gesetzentwurf über Änderung der Reichsversicherungsordnung in verwaltungstechnischen Fragen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Staatsvertrag betr. den Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich.

Es kommt dann der Einspruch des Reichsrats gegen die im Etat eingestellten Sätze für „sachliche Ausgaben der Heimatsaufklärung“, „Förderung des Nachrichtenwesens im Inland“ und „Nachrichtendienst des Reichskommissars für öffentliche Ordnung“ zur zweiten und dritten Beratung. Der Reichstag stimmt den Abschüssen zu, verlangt aber, daß durch einen Nachtrags-Etat die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Der Einspruch des Reichsrats gegen das Gesetz über Feuerungsmaschinen für Militärrentner wird einem Ausschuß überwiesen.

Dann beginnt die zweite Beratung des Gesetzes über Straffreiheit für politische Straftaten (Amnestiegesetz). Amnestie soll sich erstrecken auf Personen, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen die Republik teilgenommen haben oder die von dem im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Raub, Eigennutz oder anderen nichtpolitischen Beweggründen beruhen.

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.)

Mit der Abwehr der monarchistischen Umtriebe ist es nicht gegeben. Die Republik muß versuchen, die politischen Irregulierkeiten wieder zu sich zurückzuführen. Als eines der Mittel dazu betrachten wir eine großzügige Amnestie. Es ist richtig, daß sich Amnestien nicht zu oft wiederholen dürfen; sie sollen, wie der Reichsjustizminister kürzlich sagte, Meilensteine sein am Wege der Republik. Bisher sind die zum Schutze der Republik getroffenen Maßnahmen durchweg gegen links gerichtet gewesen. Zwei Jahre nach dem Kapp-Putsch hat man es glücklich fertiggebracht, Herrn v. Jagow auf die Festung zu schießen, aber Ludendorff und seine Begleiter laufen immer noch als Unschuldslämmer herum. Der Entwurf, den die Regierung uns vorgelegt hat, zeigt aber nicht von besonderer Großzügigkeit; er bedarf in verschiedener Hinsicht einer Ergänzung. Er muß auf allen politischen Straftaten Anwendung finden, er darf nicht auf das Reich beschränkt bleiben, sondern muß auch auf die Länder ausgedehnt und außerdem angewendet werden auf die Straftaten der letzten vergangenen Wochen. Drei Jahre nach der Ermordung Eisners schmachten in Bayern immer noch 150 Männer in Gefängnissen und Festungen. Es ist gegenüber der milden Behandlung der Kappisten einfach ein Akt der Gerechtigkeit, diese Verurteilten endlich zu befreien. Der größte Mörder Eisners ist auf einem Gut untergebracht und erhält jeden Tag Urlaub, während der Dichter Toller in den drei Jahren seiner Festungshaft noch nicht einen einzigen Tag Urlaub bekommen hat. Auf diese Weise schändet Bayern den Namen Deutschlands. Im Hinblick auf diese Tatsachen fordern wir, daß die Reichsgewalt mit der Amnestie eingreift. Wir verlangen ferner Straffreiheit für alle diejenigen, die aus politischen Gründen im Kampf um die Lohn- und Preisgestaltung sich gegen das Straffesetz vergangen haben, und endlich verlangen wir Straffreiheit für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks Gemäßigten. Die Annahme unserer Anträge ist ein Akt politischer Klugheit. (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Die Gesetze, die wir Ihnen in diesen Tagen vorlegen, bedeuten eine Bilanz unserer innerpolitischen Lage. Mit dem Gesetz zum Schutze der Republik eine Reaktion auf die Vergiftungen unseres öffentlichen Lebens, so ist das Amnestiegesetz die Antwort auf den Sanierungsprozeß, der sich in unserm Volkstörper vollzogen hat und den es jetzt zum Abschluß zu bringen gilt. Die Straffreiheit, die wir vorschlagen, ist an verschiedene Einschränkungen geknüpft. Die Straftaten vor dem 4. August 1920 sind bereits durch die Kapp-Amnestie erledigt. Auf der anderen Seite soll sich die Amnestie nicht über das Jahr 1921 erstrecken, weil nicht auch die mit dem Mord an Erzberger, dem Attentat auf Scheidemann und der Ermordung Dr. Rathenaus in Verbindungen stehenden Straftaten von diesem Gesetz mit betroffen werden sollen. Aus politischen Gründen, die Ihnen gegenwärtig bekannt sein dürften, ist die Amnestie beschränkt auf Reichsachen. Die so beschränkte Amnestie bringt aber dennoch sehr viel. Vor allen Dingen dient sie aber auch als Anknüpfungspunkt für Amnestien der Länder. Dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei zum § 2, der die Möglichkeit der Straffreiheit vorsieht, stimme ich zu und bitte das Haus, die Vorlage mit dieser Maßgabe anzunehmen. (Beifall links.)

Rechtsverkehrsminister Groener:

Ich bin dafür, daß bei der Handhabung der Disziplinargewalt aus Anlaß des Eisenbahnstreiks jede mit der Aufrechterhaltung der Ordnung zu vereinbarende Milde Maß getroffen soll. Aber ich kann andererseits einer Einbeziehung der Eisenbahner in die vorliegende politische Amnestie nicht zustimmen. Das würde nicht eine Stärkung, sondern eine verhängnisvolle Schwächung der republikanischen Staatsgewalt bedeuten. Eine solche Maßnahme hätte zur Folge, daß die wirtschaftliche Gestaltung der Eisenbahn, zu der Anlässe bereits vorhanden sind, in Frage gestellt wird.

Hg. Bell (Str.) stimmt der Regierungsvorlage zu und lehnt alle weitergehenden Anträge ab. Der Eisenbahnstreik habe mit dem Sturz der Republik nichts zu tun.

Hg. Leuthäuser (D. Vpt.) lehnt die Regierungsvorlage ab, da eine allgemeine Amnestie ein Freibrief für künftige Hochverräterische Unternehmungen sein würde.

Hg. D. Barth (M.) spricht sich grundsätzlich gegen die Amnestie aus, ist aber dafür, wenn auch die Rapp-Buschisten unter die Amnestie fallen.

Hg. Dr. Schilling (Dem.) stimmt trotz der Bedenken, die er gegen Amnestien hat, der Vorlage zu. Die weitergehenden Anträge, insbesondere die auf Amnestierung der Eisenbahnbeamten, müssen aber abgelehnt werden. Unter stürmischen Protesten der sozialistischen Abgeordneten versucht er, die Nichteröffnung der Disziplinargewalt, das Parlament zu beeinflussen, zurückzuweisen.

Hg. Rosenfeld (USP.) empfiehlt nochmals die bereits von Schmidt-Meyer beantragten gemeinsamen Anträge der beiden sozialistischen Parteien. Dabei ruft der Hg. Koch (M.) ihm zu: „Quatsch!“, worauf ihn Präsident Lohde zur Ordnung ruft.

Hg. Leitch (Bayer. Vpt.) lehnt die Vorlage ab und meint, aus dem Meilenstein auf dem Wege zur Verhütung, als welche der Justizminister die Amnestiegehe bezeichnete, könnten leicht Meilensteine zum Kirchhof und Leichensteine der Republik werden. (Unruhe links.)

Hg. Hillein (Komm.) lehnt in einstündiger Rede das Amnestiegesetz als vollkommen ungenügend ab.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Paragraphen der Vorlage nach der Ausdeutung gegen die Rechtsparteien angenommen. Eine Ausschluß-Entscheidung, die Mitleid für die am Eisenbahnstreik beteiligten Eisenbahnbeamten verlangt, wird einstimmig angenommen.

Das Arbeitsnachweisgesetz erfährt einige wesentliche Verbesserungen, die es nach einer Erklärung des

Hg. Siebel (SD.) der sozialdemokratischen Partei möglich macht, dem Gesetz zuzustimmen.

Mit diesen Änderungen wird das Gesetz, das am 1. Oktober 1922 in Kraft treten soll, in dritter Lesung verabschiedet.

Nächste Sitzung Freitag 3. Juli. (Nationalfeiertag. Maßnahmen gegen die Not der Presse und Disziplinrecht der Wehrmacht.)

Schluss 7 Uhr.

Vor dem Ende der Haager Konferenz.

Haag, 12. Juli.

Die Kommission für Privateigentümer ist heute ohne die russische Delegation zusammengekommen. Diese Sitzung hat etwa 2 Stunden gedauert und die Besprechungen drehten sich um die Frage, unter welchen Bedingungen die Kommission der Verhandlungen mit der russischen Delegation beenden würde. Einige Delegierte waren der Meinung, daß es notwendig wäre, erst das Protokoll der gestrigen Sitzung festzustellen und dann nachher eine Entscheidung betr. des Abbruchs der Verhandlungen zu treffen. Es wurde aber schon heute beschlossen, der russischen Delegation mitzuteilen, daß es keinen Zweck hat, weiter zu verhandeln.

Haag, 13. Juli.

Die 3 Präsidenten der verschiedenen Ausschüsse werden heute abend mit dem Präsidenten der allgemeinen Konferenz Delaine zu einer Sitzung zusammenkommen zur Besprechung der kritischen allgemeinen Situation. Die Ergebnisse dieser Besprechung werden wahrscheinlich am Freitag vormittag in einer allgemeinen Sitzung verhandelt werden. So gut unterrichteten Konferenzgästen glaubt man, trotz der entstandenen kritischen Lage, noch nicht an eine bevorstehende Beendigung der Verhandlungen. Es wird auch der russischen Delegation nicht unangenehm sein, daß das weitere Verhandeln unmöglich werden könnte. Man nimmt daher an, daß noch rechtzeitig ein Weg zu finden sein wird, um die Schwierigkeiten möglichst zu umgehen. Man bemerkt in unterrichteten Kreisen ausdrücklich, daß die Schwierigkeiten vorläufig nicht nur in der Kommission für die Privateigentümer einlehen werden und daß Verhandlungen nicht ausgeschlossen seien.

Der Diktatur-Schwindel.

SPD. Die Rechtsparteien sind sehr eifrig um eine Wahlparole besorgt. Sie phantasierten von einer Diktatur, die sich die gewerkschaftlichen Verbände im Verein mit den beiden sozialdemokratischen Parteien anmaßen. Sie übertrieben maßlos alle Ordnungsstörungen, die an einzelnen Orten Deutschlands infolge der Erregung über die Ermordung Rathenaus vorgekommen sind und prophezeien mit dunkler Miene ein Hinabgleiten Deutschlands in den Volkswirrwahns. Schon die Möglichkeit von Neuwahlen in der nächsten Zeit wird als großes Unglück für Deutschland gedeutet. Man prophezeit, daß die Neuwahlen „merikanisch“ verlaufen würden, daß an ihrem Ende der Dollar auf 1000 stehen und der Reichs-Dollar 100 Mark kosten würde. Da es nun so hingestellt wird, als ob die Sozialdemokratie mit ihren „Diktaturgelüsten“ zur Auflösung dränge, so wird auch diese für all das angeklagte Unheil verantwortlich gemacht.

Nach diesen Vorwürfen ist damit zu rechnen, daß wir bei den kommenden Neuwahlen es mit einer ganz gehörigen Dosis rechtsparteilicher Demagogie zu tun haben werden. Die bürgerlichen Koalitionsparteien setzen sich von diesem Treiben nur dann heimlich lachend ab. Der Rechtsparteiern warte nun natürlich gar nichts Besseres passieren, als wenn es zu einem Wahlkampf käme, der die bisherige Regierungskoalition in der Mitte auseinanderpalte und zwischen Bürgerium einerseits, Arbeiterklasse andererseits, ausgleicht würde. Dann käme ja die Arbeiterpartei und ihre Freunde höherer Klassen schluß bei dem großen Bürgerhaud. Von einem Feind, der rechts liegt, wäre außerhalb der Arbeiterpartei gar nicht mehr die Rede, vielmehr würde es dort heißen: „Der Reichs-Dollar!“ Gegenüber diesen Wandaern muß hier hervorgehoben werden, daß der Sozialdemokratie die ihr untergeschobenen Diktaturgelüste vollkommen fremd sind. Das Ziel der Reichsregierungsmaßnahmen wäre es nur sein, eine geordnete, freie und unabhängige Republik zu schaffen, von der die republikanischen Elemente des Bürgeriums ebensoviele ausgeschlossen sein dürfen wie die Unabhängigen. Es liegt nicht in der Natur der

Sozialdemokratischen Partei, die Koalitionspolitik in dem Augenblick aufzugeben, in dem sich sogar auch die Unabhängigen zu ihr bekannt haben. Käme es durch die Auflösung und durch die Art, wie der Wahlkampf geführt würde, zu einer Sprengung der Koalition, so würde die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür ablehnen und sie der andern Seite zuschieben müssen.

Unter den gegenwärtigen Umständen, insbesondere auch mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, bleibt für Deutschland eine Regierung, die sowohl bürgerliche, wie auch sozialistische Elemente umfaßt, das Gegebene. Aber von einer solchen Koalitionsregierung muß dann wenigstens verlangt werden, daß sie entschieden republikanisch ist, daß sie der Autorität der neuen Staatsform überall Geltung verschafft und damit die Grundlage schafft, auf der allein ein wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist. Wenn wir in den Wahlkampf gehen, dann werden wir in ihm nicht um die Alleinherrschaft unserer Partei kämpfen, sondern wir werden ihm den Boden verteidigen, auf dem sich alle finden können, die aufrichtig gewillt sind, am Aufbau des neuen republikanischen Deutschlands mitzuwirken. Wir zweifeln nicht daran, daß aus einem solchen Kampfe unsere Partei und mit ihr der republikanische Gedanke gestärkt hervorgehen wird.

Die Spur der Rathenau-Mörder.

Die bisher von dem Fahndungskommando der Berliner Kriminalpolizei in der Provinz Sachsen verfolgten Spuren nach den Rathenau-Mördern haben sich leider, soweit bis Donnerstagabend Mitteilungen im Berliner Polizeipräsidium vorlagen, als Irrfahrten erwiesen. Die Verfolgung gestaltet sich dadurch äußerst schwierig, daß jetzt, nachdem die Signalements der Täter überall bekannt sind, aus allen Landesteilen Mitteilungen über die Festnahme der vermeintlichen Täter nach Berlin gelangen. Trotzdem sind die maßgebenden Stellen des Fahndungskommandos jedoch der Auffassung, daß sich die Mörder in der Provinz Sachsen bei gleichnamigen Freunden noch aufhalten. Die Erwartung, daß die Täter innerhalb der nächsten Tage doch noch festgenommen werden, hat die Kriminalpolizei noch nicht aufgegeben, obwohl mit einem langsamem Abbau des Fahndungskommandos bereits begonnen wurde.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die sinnlosen Wittermeldungen über die Verfolgung der Täter zu dem Mißlingen der Aktion ein wesentliches beigetragen haben. In die republikanische Presse sei die Mahnung gerichtet, solange die Fahndungsaktion andauert, äußerste Zurückhaltung in bezug auf Mitteilungen über die Aktion der Kriminalpolizei zu üben und die irreführenden Sensationen gewisser Korrespondenzbureaus zum Abdruck den Blättern überlassen, die an einem Entkommen der feigen Mörder jeden Interesse haben.

Die bisherigen Ermittlungen nach den Mördern Rathenaus und deren Helfershelfer haben ergeben, daß die Beschuldigten nicht nur Mitglieder der völkischen Bewegung, sondern auch der Deutschnationalen Partei bzw. des Deutschnationalen Jugendbundes sind. Dennoch haben die Deutschnationalen bisher immer die Kühnheit besessen, die Mordgesellen von ihren Redaktionsnachvollbrachter Tat abzuschütteln. Das wird ihnen nicht gelingen.

Neuerdings sind in Neustädter und Wismar der Seminarist Baur bzw. der Sohn des Konsuls Otto wegen Begünstigung der Mörder Rathenaus während deren Flucht verhaftet worden. Beide Verhafteten sind gehandigt, den flüchtigen Mördern Unterstützung gewährt und sie mit Lebensmitteln unterstützt zu haben. Sowohl Baur wie Otto sind Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, des Verbandes nationalgefeimter Soldaten und des deutschnationalen Schutz- und Trugbundes. Baur stand zu Bode, Schwerin, der bekanntlich schon vor längerer Zeit als Mitwisser verhaftet wurde, und dessen Sekretär den Attentätern die Mordrevolver aushändigte, in engen Beziehungen.

Wir sind gespannt, ob die Deutschnationalen auch die Mitheldschaft der neuerdings verhafteten Mitwisser an der Ermordung Rathenaus zu der Deutschnationalen Partei beitreten werden.

Die bayerische Regierung in der Enge.

SPD. München, 13. Juli. (Eing. Drahtbericht.)

Die bayerische Regierung führt in der „Staatszeitung“ einen heftigen Kampf gegen die „Münchener Post“ und „Frankfurter Zeitung“, um die gegen die bayerische Regierung erhobene Beschuldigung der Sabotage an der Reichseinheit abzumehren. Die „Münchener Post“ erklärt gegenüber dem Dementi der bayerischen Regierung, daß sie umfangreiches Beweismaterial besitzen werde darüber, daß die Behinderung der Hochkriminalpolizei durch Münchener Behörden lediglich erfolgt ist, um die Kompromittierung bestimmter höherer bayerischer Beamten zu verhindern.

SPD. München, 13. Juli.

Im Staatshaushalts-Ausschuß des Landtages wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien die Umwandlung der Staatsrenten in Aktienobligationen und damit die Preisgabe eines umfangreichen Goldbestandes beschlossen.

Beamtenpflicht gegen die Republik.

SPD. Der Rechtsausschuß des Reichstages führte die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Pflichten der Beamten zu Ende. Während sich noch am Mittwoch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien die Tendenz bemerkbar machte, einen kritischen Satz der Republik gegen loslösende Beamte zu schaffen, trat am Donnerstag ein Schwerefall für die reaktionären Beamten in Erscheinung, der von den Deutschnationalen bis zum Zentrum einschließlich reichte. Javot wurde die Abstimmung über die Errichtung des Disziplinarsenats bis zur zweiten Lesung ausgesetzt, jedoch haben sich das Zentrum und die rechts von ihm stehenden Parteien bereits gegen ihn ausgesprochen. Das wichtigste Moment der Regierungsvorlage ist also gefährdet, ohne daß irgend ein Ersatz dafür geboten wird. Die Anträge Steinert (Soz.) und Gosenen, die Disziplinargerichte anders aufzubauen, und in ihnen dem Laienelement mehr Geltung, besonders aber den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen Sitz und Stimme zu verschaffen, wurde abgelehnt. Ebenso die Anträge, daß die Disziplinargerichte bis zum Erlaß des neuen allgemeinen Disziplinargesetzes vom Reichspräsidenten zu ernennen sind. Als einzige Konzeption fand der Antrag Steinert und Gosenen Annahme, nach dem sämtliche Disziplinargerichte zum 1. September 1922 neu besetzt werden müssen. Allerdings soll der Reichspräsident die Mitglieder nach wie vor wählen. Die Artikel II und IV, die den Kreis derjenigen Beamten, die zur Festsetzung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform

lediglich auf Wartegeld gesetzt werden können, erweitern, wurden angenommen.

Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes erfolgt am Freitag. Bringt sie in den entscheidenden Punkten keine wesentlichen Verbesserungen, so dürfte bei den sozialistischen Parteien für die Annahme des Entwurfes wenig Neigung vorhanden sein.

Der preussische Minister des Innern hat laut Verfügung vom 13. Juli Anordnung zur Auflösung sämtlicher Gauleitungen, Orts- und Bezirksgruppen der Stahlhelm-Vereinigung für die preussischen Gebiete erteilt. Bisher wurde außer der Auflösung der Vereinigung „Stahlhelm“ ein Verbot für folgende Verbände in Preußen angeordnet: „Verband nationalgefeimter Soldaten“, „Deutschnationaler Schutz- und Trugbund“ und „Bund der Aufrechten“.

Die Änderung der Einkommensteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages erledigte am Donnerstag die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. In Abänderung der Beschlüsse der ersten Lesung wurde beschlossen, ehmahlige und regelmäßige Beiträge an Vereine steuerfrei zu lassen. Der Tarif bleibt in der bekannten Fassung der ersten Lesung bestehen, jedoch also die Grenze für den Lohn- und Gehaltsabzug auf 100 000 Mark erhöht wird. Bis zu diesem Betrage sind 10 % Abgabe von der Einkommensteuer zu leisten; die Steigerung geht bis zu 60 % bei einem Einkommen über 20 Millionen Mark.

Dem § 13 wird folgende Bestimmung angefügt: „Von der Steuer befreit sind: Spareinlagen, die der Steuerpflichtige für sich oder einen seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen bei einer öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkasse oder bei einer eingetragenen Genossenschaft unter Sperrung der Kapitalrückzahlung auf den Todes- oder Erbesensfall eingezahlt hat, soweit der Betrag 8000 Mk. jährlich nicht übersteigt.“

Der § 26, der die zulässigen Abzüge von der Einkommensteuer festlegt, erhält folgende Fassung: „Die nach §§ 21 bis 25 berechnete Einkommensteuer ermäßigt sich:

a) um je 480 Mark für den Steuerpflichtigen und für seine nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 100 000 Mark beträgt.

b) um je 960 Mark für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagern ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 300 000 Mark beträgt. Die Ermäßigung wird auch auf solche Kinder gewährt, die Arbeitsentlohnungen beziehen, sofern sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

c) um 2000 Mark für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 50 000 Mark nicht übersteigt und sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Bezügen aus Pensionen, Wartegeldern usw. zusammensetzt, oder hauptsächlich aus einem dieser Einkommen besteht.“

Die Werbenachsteuer wurden auf Antrag der sozialdemokratischen Partei auf 1080 Mark erhöht. Eine Erhöhung dieses Betrages ist zulässig, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zuzurechnenden Abzüge den Betrag von 1080 Mark um mindestens 1200 Mark übersteigt. Ein Antrag der Deutschnationalen, der von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten unterstützt wurde, den Arbeitgebern für den von ihnen getätigten Lohn- und Gehaltsabzug von 5 bzw. 2 % zu gewähren, wird abgelehnt.

Der Ausschuß empfahl der Reichsregierung dann noch, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Lohnsteuer von der Einkommensteuer löst und die Schaffung eines in sich abgeschlossenen Lohnsteuergesetzes vorschlägt. Das Gesetz soll ermöglichen, den Steuerabzug vom Arbeitslohn der jeweiligen Geldentwertung anzupassen, ohne daß bei einer solchen Veränderung des Papiermark-Wertes eine Gesetzesänderung notwendig wird.

Braunschweigs große Koalition gesprengt.

Braunschweig, 13. Juli.

Im Landtag wurde ein Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den der Deutschen Volkspartei angehörenden Minister Käfer verhandelt. Der Redner der Unabhängigen kritisierte die Politik der Deutschen Volkspartei und griff dann Käfer persönlich an, weil dieser Mitglied der Stahlhelm-Organisation sei. Er bezweifelte, daß die Regierung zu ernstlichen Maßnahmen greife, weil eben eins ihrer Mitglieder der Organisation angehöre. Die Redner der Deutschen Volkspartei und die Demokraten traten für Käfer ein und erklärten, daß er niemals verurteilt habe, irgendeine Regierungsmaßnahme zu durchkreuzen. Minister Rönneburg erklärte daselbe. Schließlich erklärte Käfer, er wolle, um den Landtag vor einer Abstimmung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Partei freiwillig sein Amt niederlegen. Ferner erklärte er, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Vereinigungen aus der Regierungskoalition ausscheiden. Darauf wurde der Antrag der USP. zurückgezogen und der Präsident schloß die Sitzung.

Wörter.

SPD. Der Berliner Devisenmarkt stand am Donnerstag wieder im Zeichen heftiger Schwankungen. Im Vormittagsverkehr wurde der Dollar bereits mit 395 angeboten. Am der Börse ging er bis auf 441. Ähnlich notierten: Kabel New York 440, London 1937½, Holland 16 550. Man führt die erneute Steigerung der Devisen auf den ungunstigen Reichsbank-Ausweis zurück, der für die erste Juliwoche wiederum eine Steigerung des Notenumlaufes um 3,5 Milliarden Mark und eine beträchtliche Verminderung der Depositionen bei der Reichsbank zeigt. Außerdem wurde die erneute Zuspitzung der innenpolitischen Lage sehr beachtet. Am Effektenmarkt war die Tendenz eher schwächer. Die führenden Industrierapiere verloren 20—30 %. Lebhafteste Nachfrage besteht nach ausländischen Anleihepapieren, insbesondere für ungarische Goldrenten.

Parteitag der Demokraten. Der diesjährige ordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wird, wie in der Verbandsfassung am 11. ds. Mts. endgültig beschlossen wurde, Anfang Oktober in Elberfeld stattfinden.

Der Tote von Guxhagen. Sachverständige der Marineverwaltung Berlin und der Inspektion des Zepedo- und Minenwesens in Kiel sind eingetroffen zur Nachprüfung der Ursache der Explosion und zur Festlegung weiterer Aufräumungs- und Bergungsarbeiten. Von den im Staatskrankenhaus untergebrachten Schwerverletzten ist noch einer gestorben, so daß bis jetzt vier Tote zu beklagen sind.

Selbstmord eines reaktionären Vertriebenen. In Guxhagen, Oberamt Altdorf, schoß sich ein Kurant, der sich Graf von Brandenstein nannte, eine Kugel ins Herz, als er merkte, daß ihn die Polizei verfolgte. Die Angelegenheit wird mit der Ermordung Rathenaus in Zusammenhang gebracht, zumal da in seinem Besitze sich Briefe hochgestellter Persönlichkeiten befinden sollen.

Die Vorbereitungen zum Rechtsputsch.

Die Organisation der „weißen Garben“.

Die beschlagnahmten Schriftstücke, die anlässlich der Ermordung Rathenaus und der anschließenden Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern rechtsgerichteter Verbände gefunden wurden, zeichnen sich durch eine bewundernswerte Vielseitigkeit in bezug auf die Art der Tragik bzw. der Verwirklichung umstürzlerischer Ziele aus. Der „Soz. Parlamentsdienst“ ist in der Lage, von einem Schriftstück Kenntnis zu geben, das bei einem Mitglied des Vereins nationaler finnter Soldaten gefunden wurde und eine Bestätigung des Zusammenwirkens zwischen russischen und deutschen Monarchisten liefert. Das Schriftstück sollte „streng geheim“ gehalten und „nach Kenntnisnahme sofort verbrannt“ werden. Der Text des Rundschreibens, den wir nachfolgend wiedergeben, ist nur an einzelnen unwesentlichen Stellen geringfügig gekürzt:

Geheim, Persönlich. Berlin, den 22. August 1921.
Durch Boten. W. 30, Berchtesgadenstr. 38.
Nach Kenntnisnahme sofort verbrannt.

1. Herrn Feldwebelleutnant Franzen, Staatsanwaltschaft Bonn.
2. Herrn Dr. Straß, Goethestr. 13, Bonn.

Lieber Herr Doktor und lieber Herr Franzen!
Erst heute bin ich in der Lage, Ihnen durch persönliche Boten dies Schreiben in ungehämelter Form zukommen zu lassen, dessen Inhalt ich Ihnen schon vor einigen Tagen in wegen der französischen Zensur, ausgeklosterter und rätselhafter Form bereits in vier Briefen an Dr. Straß und einen an Franzen schickte. Ich hoffe, daß diese insgesamt fünf Briefe richtig in Ihre Hände gekommen sind und bitte Sie, mir zu meiner Veruhigung Mitteilung davon zu machen.

Wenn auch natürlich eine Zeitangabe über politische Dinge immer unmöglich sein wird, so glaube ich doch, daß es an der Zeit ist, sich für kommende politische Umwälzungen bereit zu halten. Es ist selbstverständlich für mich, daß ich nicht zurückzusehen werde, wenn es wieder losgeht, nach irgend einer Seite hin. Da habe ich es für mich für das Angenehmste und für die Sache als das Beste gehalten, wenn ich mich an meine alten Kriegsgenossen wende und mit ihnen zusammen, so gut oder so schlecht, wie es eben geht, Vorbereitungen treffe für die Zukunft.

Im Wesentlichen gelten die Sätze über meine politischen Ansichten auch heute eben noch wie 1919, als ich mich bei der Niederkämpfung der Revolution im Januar und März in Berlin betätigte. Im allgemeinen halte ich mich an die Kreise des Grafen Krentlow, meine Bestrebungen sollen nicht ein Konfuzenarbeiten mit der Orgeß oder ähnlichen Verbänden sein sondern diese Arbeiten unterstützen. Wenn ich meinerseits zum Werben der Mannschaften aufrufe, so glaube ich, daß ich einmal der Sache diene, indem ich mit meinen Bekanntenkreisen in Verbindung stehe. Das Werben der Orgeß und ähnlicher Verbände dient ja dazu, die nationalen Volksmassen für irgendwelche nationalen Kämpfe bereit zu halten. Ich selbst habe folgendes im Auge: Ich halte vorläufig einen Kampf Deutschlands gegen einen äußeren Feind, zu dem wohl in jedem Falle Frankreich hinzutreten würde, nicht für durchführbar, so lange Deutschland allein ist. Ich glaube vielmehr, daß ein solcher Kampf erst möglich ist, wenn in Rußland wieder geordnete Verhältnisse eingeleitet sind, d. h. wenn dort nicht etwa die sozialistischen Kreise — diese sind französischfeindlich — sondern die monarchistischen Kreise — diese sind absolut deutschfeindlich — zur Herrschaft gelangt sind. Mit diesen monarchistisch gesonnenen russischen Kreisen stehe ich in enger Verbindung. Ich glaube, daß es für unsere Heimat von besonderem Vorteil wäre, wenn wir mit allen Mitteln eine Zusammenarbeit mit diesen monarchistisch russischen Kreisen versuchen und sie in jeder Form unterstützen und ihnen helfen, in Rußland wieder zur Macht zu gelangen. Dieselben Bestrebungen verfolgen meine politischen Freunde. Ich habe mich mit einem der russischen Führer, dem Fürsten Amaloff-Bermond, in enge Verbindung gesetzt, der schon im Baltikum mit uns Deutschen zusammen gekämpft hat, siehe Eiserne Division, Major Bischoff, Graf v. d. Goltz. Unsere Hoffnung ist nun, daß wir gelegentlich mit militärischer Hilfe diese Leute in Rußland zur Herrschaft bringen werden. Ob und wann das sein wird, können wir nicht sagen, doch glaubt man, daß die Möglichkeit besteht, daß die Zeit für ein aktives Eingreifen in Rußland nicht mehr abzurufen ist. Für diesen Fall nun will ich den Fürsten Amaloff-Bermond zunächst, wenn ein anderer russischer Führer bestimmt werden sollte, dann diesen aktiv militärisch unterstützen, vorausgesetzt, daß dann noch ähnliche politische Voraussetzungen bestehen, wie heute und eine solche Verwendung meiner eigenen Person, besonders aber der meiner Kameraden, im nationalen Interesse liegt und von meinen Parteigenossen gebilligt wird. Das ist der Grund, warum ich für meine Person eine Sonderverbindung vornehme und von den Geworbenen verlange, daß sie sich mit einem Kampfe im Nordosten Deutschlands bereiterklären. Sollten anderweitige politische Verhältnisse es nötig erscheinen lassen, so ist es selbstverständlich, daß ich von diesem Spezialverbot absehe, und mich dem allgemeinen Interesse unterordnen werde.

In meinem vielleicht etwas rätselhaften Brief an Straß habe ich den Vorgang der Werbung besprochen, allerdings in der Zeit der Vergangenheit, und nicht, wie es heißen müßte, in der Zeit der Zukunft. Ich werde auch in Zukunft alle Briefe so halten, als ob sie sich auf das Werben in der Revolutionszeit in geschichtlichem Interesse beziehen. Ferner ist bei allen Briefen zu beachten, daß Sätze, die mit a l l o anfangen und mit n i c h t aufhören, als nicht vorhanden anzusehen oder am gegenteiligen Sinn aufzufassen sind. Die meisten Briefe werden außerdem noch allgemeine Redensarten über geschäftliche Dinge enthalten, um die Briefe der Zensur gegenüber harmlos erscheinen zu lassen. Alle meine Briefe sind grundsätzlich so schnell wie möglich zu verbreiten, wie überhaupt alle schriftlichen Aufzeichnungen zu vermeiden sind. Um dem Ganzen nach außen hin einen harmlosen Anschein zu nehmen und jederzeit eine Verteidigung zur Hand zu haben, mache ich folgenden Vorbehalt:

Meine augenblickliche Tätigkeit neben der politisch-militärischen ist diese: ich bin von Herrn Oberst v. Diebitz in Königsberg mit der Organisation einer Sammlung und mit der Propaganda für die Kriegsbeschädigten-Werksstätten beauftragt worden. Diese Tätigkeit ist absolut parteilos und lediglich eine Wohlthatigkeitsangelegenheit. Die Erlaubnis dazu habe ich von

den zuständigen Behörden als da sind: Polizei, Arbeitsministerium und Wohlfahrtsministerium. Zum Zeichen dafür, daß auch hochstehende Persönlichkeiten damit sich befassen, lege ich eine Abschrift von Gutachten solcher Persönlichkeiten bei. Zur Erklärung lege ich noch eine Denkschrift bei, ebenso einige Aufzettel wie wir sie hier verwenden. Es wäre nun zweckmäßig, wenn Sie offiziell die Werbung von Mannschaften unter dem Deckmantel vornehmen, nennen wir deswegen zweckmäßig das ganze Invalidenverein. Wenn dabei zufällig auch für die Sammlung der Kriegsbeschädigtenwerksstätten ein Nutzen abfällt, so ist das durchaus kein Schaden, sondern durchaus zu begrüßen. Das soll aber nicht die Hauptfarbe sein, sondern mir ist für Sie die Werbung die Hauptfarbe.

Nun zu dieser Werbung selbst.
Sie ist in folgender Art vorzunehmen: Zunächst müssen Vertrauensleute ausgewählt werden, absolute Zuverlässigkeit, nationaler Charakter, einige Kenntnis ist hier Vorbedingung zum Erfolg und unerlässlich. Lebensalter, Gesundheitszustand, Berufstellung ist gleichgültig. Ebenso gleichgültig ist es, ob diese Vertrauensleute im entscheidenden Moment wirklich mitmachen oder nicht. Jeder Vertrauensmann hat circa 100 Leute zusammen, diese bilden einen Zug. Mit Hilfe des Vertrauensmannes wird aus ihrer Mitte der Führer für den Ernstfall bestimmt, der ein energischer, erfahrener ganzer Mann sein muß, so ist gleichzeitig das Vertrauensverhältnis zwischen Mannschaften und Führer gewahrt, da sie sich gegenseitig kennen. Die Auswahl der Vertrauensleute darf nur so geschehen, daß immer drei vorhandene Vertrauensleute einen neuen wählen, den sie abzulösen kennen. Als Ausnahmebestimmung die beiden den dritten Vertrauensmann, damit die ersten drei vorhanden sind, und dann die weitere Wahl, wie angegeben erfolgen kann. Die Vertrauensleute haben nichts weiter zu tun, als ihre hundert Leute zusammenzurufen, nämlich ihre Anschriften zu wissen und dafür zu sorgen, daß die Zahl immer einigermaßen voll ist. Es muß vermieden werden, daß beim tatsächlichen Aufruf nur 50 v. H. kommen. Unsichere Kantonsisten sind wegzulassen. Je genauer und besser die Auswahl, umso sicherer der Erfolg. Die Beschaffenheit der Leute macht es, nicht nur alleine die Zahl. Je mehr Vertrauensleute, umso schneller der Erfolg. Die Vertrauensleute sollen sich Zeit nehmen. Ich brauche keine Listen der Mannschaften zu erhalten. Sie beide würden zweckmäßig die Anschriften der Vertrauensleute sammeln und mir jede Woche über den Stand berichten. Etwa so: Herr (folgt Anschrift) hat gesammelt Markt 12 (in Buchstaben). Herr (folgt Anschrift) hat gesammelt Markt 36 (in Buchstaben). Die Zahlen in Markt bedeuten die Zahl der Mannschaften und zwar der, bei dem jeweilig genannten Vertrauensmann im ganzen verfügbaren Mannschaften, nicht die Zahl, die in jeder Woche neu gesammelt ist. Damit ist eine unauffällige Benachrichtigung meinerseits gewährleistet. Jeder nicht Eingeweihte wird an die Sammlung glauben.

So wie Sie beide im Rheinland werben und bei unseren alten Kameraden, — ich stelle mir vor, daß die meisten Alter als Vertrauensleute zu gebrauchen sein werden — so werbe ich hier in Berlin. Ich denke, wir müßten auf diese Weise eine faktische Wehrmacht zusammenbringen.

Ich hoffe, daß ich in etwa acht Wochen Gelegenheit finden werde, auch einmal nach Bonn zu kommen, ich werde Sie dann aufsuchen und wir können dann noch weiteres näher besprechen. Die Anschriften der einzelnen Vertrauensleute müssen mir zugesandt werden, ob der Aufruf zur Tat jetzt bald oder erst in einem Jahre erfolgen wird, können wir vorläufig nicht irgendwie vorher sagen. Der Aufruf geschieht meinerseits 1. in vorbereitender Form des Stichwortes: „Herzlichen Glückwunsch“ im geschlossenen Brief; dies bedeutet, daß wahrscheinlich innerhalb des nächsten Tage der Aufruf erfolgen wird. In Anbetracht dessen wird durch Boten die nähere Weisung über Zusammenritt usw. Marschziel mitgeteilt werden.

Die einzelnen geworbenen Mannschaften brauchen keine Vorbereitungen zu treffen, sie sollen nur lediglich bereit sein, wenn es zum Aufruf kommt, mitzumachen, weiter nichts. Wenn jemand Ausrüstung oder Waffen mitzubringen in der Lage ist, so ist das natürlich erwünscht, doch glaube ich, daß dazu die Wenigsten in der Lage sein werden. Ueber die weiteren Vorgänge nach dem Zusammenritt möchte ich mich vorläufig nicht aussprechen, zumal etwa getroffene Vorbereitungen zu leicht wieder umgestoßen werden können.

Bei der Vornahme der Werbung bitte ich, folgende Punkte besonders zu beachten: Größte Vorsicht bei Auswahl der Leute, jeden nur einzeln und unter vier Augen vornehmen, damit einem etwaigen Spitzel gegenüber später abgelehnet werden kann, möglichst gar keine Einzelheiten über politische Dinge, es genügt, wenn die Leute erfahren, daß sie lediglich für nationale Zwecke Verwendung finden sollen, und daß sie auch zum Kampfe außerhalb der östlichen Grenzen Deutschlands bereit sein müssen. Den angeworbenen Mannschaften darf außer ihrem Vertrauensmann keine Persönlichkeit und kein Führer bekannt sein, lediglich die Vertrauensleute können etwas näher eingeweiht werden. Denken Sie alle stets, daß Unvorsichtigkeit viel mehr Schaden anrichtet, als wochenlange Arbeit Nutzen bringt. Um Ihnen einen Überblick zu geben, über das, was ich für den Anfang Ihrer Arbeit für richtig halten würde, möchte ich Ihnen sagen, daß Sie zunächst einmal vielleicht 30-40 Vertrauensleute aufstellen, von dem Standpunkte ausgehend, daß drei Vertrauensleute gleich drei Züge eine Kompanie bilden, demnach 12 Vertrauensleute gleich 4 Komp. ein Batl. bilden, würde ich diese Zahl vorschlagen, und haben Sie so ein Regiment bei 36 Vertrauensleuten, falls jeder Vertrauensmann 100 Mann wirbt. Vorläufig gehen Sie nicht über die Zahl von 36 Vertrauensleuten hinaus. Selbstverständlich kann dies nicht in Bonn allein geschehen, sondern Sie werden die ganzen alten Züger, soweit sie Ihnen bekannt sind, auch außerhalb Bonns heranziehen müssen. Ich will Sie nicht auf die Zahlen festlegen, sondern wollte Ihnen nur kurz ein Bild geben, mit welchem Maßstabe Sie arbeiten müssen. Im Anfang wird es natürlich sehr viel geringer sein, und sind eben keine Richtlinien zu geben. Zu beachten ist nur noch: Nicht warten mit der Aufstellung eines neuen Vertrauensmannes, bis die vorhandenen ihre Zahl voll haben, das würde viel zu lange dauern. Wir müssen sehen, daß wir in etwa 6-8 Wochen zu einem gewissen Ergebnis gekommen sind. Für heute will ich nichts mehr mitteilen, das weitere bei nächster Gelegenheit. Ich erwarte natürlich mit Spannung Ihre Antwort. Bis dahin kameradschaftliche Grüße Ihnen und allen alten Bekannten.

gez. P. Loh n, Hauptmann a. D.
Berlin W. 30, Berchtesgadenstr. 38.

gegen jede Beschimpfung der schwarz-weißen Farben, die uns nicht Farben einer Partei, sondern Symbol der nach harten geschichtlichen Kämpfen errungenen deutschen Einheit sind.

Wir haben ungeachtet der Agitation der Deutschnationalen Volkspartei bisher in guten Beziehungen zu ihr zu stehen geblieben. Im Interesse der notwendigen inneren Gesundheit wenden wir uns aber gegen jede Verhetzung auch durch rechtsradikale Elemente mit rücksichtsloser Schärfe.

Unsere Parteifreunde im Reich fordern wir auf, im Sinne dieser Richtlinien die Politik der Partei zu führen und zu unterstützen.

Das sind doch keine Richtlinien, sondern Slangenslinien, auf denen sich die Deutsche Volkspartei durch die Rote der Zeit hindurchzuwinden sucht. Schwarzrotgoldschwarzweiser Monarchorepublikanismus! Oder sagen wir doch klar und einfach: der alte Nationalliberalismus, wie er lebte und lebte!

Die Frauen des Reichstages gegen die Brotverleuerung.

SPD, Berlin, 12. Juli.

Die Liste über die namentliche Abstimmung im Reichstag bei der Getreideumlage zeigt das sehr lehrreiche Ergebnis, daß von einer einzigen Ausnahme abgesehen, sämtliche Frauen des Reichstages gegen die Brotverleuerung gestimmt haben. Nicht eine einzige Frau des Zentrums stimmte für den Brotwucher, auch das einzige weibliche Mitglied der Bayerischen Volkspartei stimmte gegen ihre Fraktion. Die deutschnationale Abgeordnete Frau Behr, eine bekannte Führerin der Heimarbeit und andere ihrer Kolleginnen der Rechtsparteien blieben bei Sitzung fern. Die einzige weibliche Abgeordnete, die den traurigen Mut fand, für den Brotwucher einzutreten, ist die deutschnationale Abgeordnete Frau Hoffmann-Bohum, die sich schon wiederholt im Reichstag durch das Gegenteil von Intelligenz bemerkbar machte. Sie ist die Nachfolgerin Desobrieks.

Volkswirtschaft.

Valuta und Metallpreise. Der Metallmarkt steht naturgemäß unter dem Einfluß der Valuta, weil die meisten Metalle teils eingeführt werden, teils aber als Ausfuhrwaren mit den Weltmarktpreisen auf das engste verknüpft sind. So erklärt es sich auch, daß die Schwankungen der Mark in den Metallpreisen sofort zum Ausdruck kommen. In den letzten Wochen ist nun mit der neuerlichen Katastrophe der Mark auf dem Weltmarkt ein Spekulationstau ausgetreten. Die Industrie trat in großem Umfange als Käufer auf, es fehlte nicht an Material im Handel, und so kamen bei sprunghaft steigenden Preisen ungeheure Umsätze zustande. Nach den Berichten der Metall- und Rohstoffgesellschaft, Berlin, wurde für die einzelnen Metalle je Kilo in den beiden letzten Wochen gezahlt in Mark:

Wocher	26. 6. bis 1. 7.	3. 7. bis 8. 7.
Elektronkupfer wire bars	108,— bis 113,—	130,— bis 160,—
Raffinadkupfer 99 Proz.	96,— „ 102,—	115,— „ 145,—
Reinmetall 98/99 Proz.	215,— „ 226,—	275,— „ 330,—
Hüttenalumin. 98/99 Proz.	140,— „ 150,—	295,— „ 360,—
Zinn, Banca od. Austral	239,— „ 253,—	170,— „ 215,—
Zinn 30 Proz.	100,— „ 110,—	130,— „ 160,—
Hüttenzinn	43,50 „ 46,—	54,— „ 66,—
Remetallzinn	38,— „ 39,—	44,— „ 56,—
Hüttenweißblei	38,— „ 41,—	48,— „ 60,—
Harthei je nach Qualität	30,— „ 32,—	32,— „ 40,—
Antimon-Regulus	36,— „ 39,—	45,— „ 54,—

Ebenfalls sprunghaft war die Entwicklung am Nichteisenmarkt, wo ebenfalls die Preise in die Höhe schossen. So stellten u. a. sich Kupfer regelgerecht verpackt in der letzten Woche auf 1,10 bis 130 Mk. in der Vorwoche auf 85 bis 90 Mk., Nichteisen auf 38 bis 48 Mk. (vorher 28 bis 30 Mk.), Alblei auf 39 bis 48 Mk. (vorher auf 29 bis 32 Mk.) und Aluminiumabfälle auf 130 bis 155 Mk. (vorher 105 bis 112 Mk.)

Wiehmärkte.

Hamburg, 18. Juli.

Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiehmärkte, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht Ochsen und Kühen: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 3300-3800 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 3200-3500 Mk., fleischige (3. Qualität) 2500-3000 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1900-2400 Mk. Bullen: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 3300-3600 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2800-3200 Mk., fleischige (3. Qualität) 2800-2700 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1800-2200 Mk. Rühre: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 3300-3700 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2800-3200 Mk., gering genährte (3. Qualität) 2300-2700 Mk., geringste Sorte (Wurstfäße) 1200-1800 Mk. Schafe: Weibermast (1. Qualität) 3700 bis 3900 Mk., vollf. Schafvieh (2. Qualität) 3200-3400 Mk., gering genährtes Schafvieh (3. Qualität) 1500-2500 Mk. — Marktzufuhr: 1727 Rinder (hierunter 329 Ochsen, 187 Färsen, 336 Bullen, 875 Rühre), 1009 Schafe. Der Rinderhandel war ruhig bei unveränderten Preisen. Das Geschäft mit Schafen war reger.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	13. Juli.	12. Juli.
Amsterdam	100 fl.	16529,50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	3423,70
Kristiania	100 Kr.	7016,20
Kopenhagen	100 Kr.	7390,75
Stockholm	100 Kr.	9313,30
Helsingfors	100 Finn. Mk.	9563,—
Reims	100 Lire	11156,—
London	1 £	11485,60
Paris	100 Doll.	855,90
Zürich	100 Frs.	2027,45
Madrid	100 Pesetas	1985,05
Wien	100 K.	439,45
Prag	100 K.	446,94
Budapest	100 K.	3640,40
		8589,25
		1,55 1/2
		1,88
		1868,90
		1023,70
		31,95
		34,95

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 13. Juli: D. Lammer von Kalmars in 14 Tg., S. Obaron von Kalmars, D. Rospu von Goldberg in 1 Tg., D. Golde von Sandesleben in 1 Tg., 14. Juli: S. Anne von Gaderleben in 2 Tg., S. Johannes von Mainz in 8 Tg., D. Neujaden von Kopenhagen in 14 Td., D. Wilhelmine von Kopenhagen in 2 Tg., D. Frei von Kopenhagen in 1 Tg., D. Gothland von Andehant in 8 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Preßsachen Lübeck und Festschrift Hermann Baner; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interne Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Sieber, Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Die „Gomohl-Als-aud“-Partei.

Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der nach einem Referat Stresemanns folgende Entschließung einstimmig annahm:

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Vergiftung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganismen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die härtesten Maßregelungen gegen solche Agitation und Organisationsfinden keine Zustimmung. Der Streik um die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu scheitern. Wir sind der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung

möglich ist. Deshalb stimmen wir einem Schluß dieser Verfassung und der Bereitschaft der Reichstagsfraktion an dem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken. Wir sind mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einstimmigen Ausnahmegesetzes genommen wird.

Von der Regierung verlangen wir Wiederaufrichtung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße und erheben den schärfsten Einspruch gegen die unter harten Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Wir warnen uns weiter gegen jede Schwächung der Vergangenheit und unserer großen vaterländischen Geschichte.

Wir wollen die Reichsflagge gegen Verächtlichmachung und Beschimpfung geschützt wissen, aber wir werden uns ebenso

S. P. D.
Ortsgruppe
Gr. Grönau.
Am Montag starb
unser Genosse
Heinr. Kemp
Ehre seinem An-
denken! (4448)
Der Vorstand.

Für die mir zuteil ge-
wordene Unterstützung
während meiner Krank-
heit sage den Kollegen
der S. P. D. meinen
innigsten Dank.
4438) **Otto Maus.**

Für ca. 8 Tage
Zimmermann
mit eigenem Gefährt
geleitet. (4438)
Sanitäts-Molkerei
Marlstr. 7 a.

1 geräumige 2-3-Z. Wohn-
gegen gleiche zu tauschen
geleitet. Angebote unter
A 291 a. d. Gr. (4457)

Zu verk. ein gut erb.
Damenrock f. H. Berlin.
4450) Werderstr. 26.

F. u. M. D. G. f. f. (Gr. 36
b. 3. p. Ludwigstr. 71. p. (4456)

Ein Gasheerd zu verk.
4447) Ernestinenstr. 13a.

4449) Zettel zu verkaufen.
Beier.
Dornstr. 57.

10-Wochenferkel zu verk.
4431) Dornbreite 78.

Kinder- od. Klapp-
gel., Verd. f. beschäd. i.
u. n. Pr. u. A 233 (4435)

D. u. D. Fahr. u. g.
Fieberbett gel. Ang. u.
A 259 a. d. Gr. (4444)

Schneiderin empfiehlt sich
Fackenburger
Segeberger Str. 35. (4438)

Morgen Sonnabend:
Primo junges Reibfleisch
(Fohlenfleisch),
fr. geräuch. Mettwurst,
Seltene Snackwurst
Fr. Kollmann
Reiferstr. 5. (4460)

Sonnabend morgen:
Frische Leugfische,
Kabeljau, Schellfische,
Kotzung, Seeaal, Seil-
butt, fr. Fischcarbonade,
Goldbutt, Leb. Aale,
Schleie billigst.
Johannes Boy,
Markthallenstand 46-47.
4451) Fernruf 8375.

Saison-Ausverkauf
vom 5. bis 15. Juli.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 (4462) St. Petri 2 u. 4.
Beachten Sie die Preise
in den 5 Schaufenstern!
Noch wirklich preiswerte Angebote.
Das bekannt velle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.
Damen- und Herrengarderoben,
Manufaktur und mod. Damen-,
Herren- und Kinderstiefel usw.


Achtung! Markthalle Stand 16 und 34.
frisches Hack... Pfd. Mk. 36.—
Prima Ochsenzungen Pfd. Mk. 50.—
frische Ochsenleber „ 50.—
Jg. dän. Schweinsköpfe mit voller
Fettbacke.

Weißkohl-, Koffohl-,
Grünkohl-, Porree-,
Stedrüben-, Kuntel-
u. Sommerblumen-
pflanzen empfiehlt
H. F. Vollert.
Rageburger Allee 27.

Kaufe jeden kleinen
und großen Posten
**Rhein-,
Mosel- u.
Rotwein-
flaschen.**
Zahle hohe Preise,
werden auf Wunsch ab-
geholt. Weinhandlung
W. Rahfoth,
Untertravs 113. Tel. 687.

Für die
richtige Wiedergabe
telephonisch
übermittelter Anzeigen
übernehmen wir keine
Gewähr. Fehlerhafte,
auf diesem Wege be-
stellte Anzeigen gehen
zu Lasten des
Bestellers.
Die Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten.

Wanzen
sowie jedes Angestricher
besitzer unter Garantie
Fr. Kröger, Reibfisch,
Kammerjäger u. Spensel,
Schwerhand, Alst. 3
Fern. 1794. Radikal-
mittel gegen Kopfläuse.
(4420)


Markthallenstd. 48-49.
Prima Lattischcarbonade,
Rotharsch, Seelachs, Leng-
fisch, Zungen, billigst.
R. Eggers.

**Arbeiter-
Liederbuch**
für Massengesang.
60 Pig.
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Schwarz-rot-goldene
Schleifen und
Fahrradfahnen
zu haben in der
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

**Referenten-
führer.**
Dr. Eduard David.
Mk. 10.—
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Lübeck.
Achtung! Gewerkschaften! Achtung!
Gr. Sommernachtsball
verbunden mit **Ueberraschungen**
am Sonnabend, dem 15. Juli 1922,
im Gewerkschaftshaus.
Anfang 7 Uhr. (4426) Anfang 7 Uhr.
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Festausschuß.**

Zentralhallen.
Morgen Sonnabend und Sonntag: (4456)
Großes Tanzkränzchen.

Kolosseum
Ball
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Kollektion. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
(4425)

Achtung! Achtung!
Fabrikarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.
Ab 14. Juli 1922 bleibt unser
Bureau Sonnabends nachm. geschlossen.
(4428) Die Ortsverwaltung.

Café Astoria
Holstenstraße 28 (4427)
Täglich Künstler-Konzerte
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Weißer Engel.
Jeden Sonntag und Freitag: (4391)
Großer Ball.

Die billigste Bezugsquelle
Markthallenstand 8-9:
Prima fetter Döfchenbuden, Herzen und Fleisch,
(4467) Mart. Nehlsen.

Während der Gerichtsferien
vom 13. Juli bis 15. September d. J.
sind die
Kanzleien d. hies. Rechtsanwälte
nur bis 2 Uhr mittags geöffnet.
(4439) **Lübecker Anwaltsverein.**

Besonders billiges Angebot!
la. fetter Herz 30 Mk. la. fett. Steppenlamm 34 Mk.
la. Hornbrot 28 Mk. billige Ware 31 Mk.
la. da. (ein. br.) 24 Mk. la. Schweizer Käse 20 Mk.
la. fetter Döfchen 30 Mk. la. fett. Limburger 32 Mk.
(leicht besch.) 30 Mk. la. alle and. Sort. Käse bill.
Lübecker Käsegroßhandlung Wilhelm
F. C. Grube
Kommandit-Gesellschaft. Hauptgeschäft: Fünf-
häusern 16, Filiale: Eg. Lohberg 35. F. 1029.

Sonnabend
frisch eintreffend
Butt Pfd. 13,00—18,00 Mk.
Schellfisch Pfd. 10,00 Mk.
Seelachs Pfd. 12,00 Mk.
Kabeljau-Karbonade. 4468
Fischhandlung Gager,
Dollstr. 21.

Die neue Miets- in Lübeck
nach dem Reichsmietengesetz.
Preis Mk. 2.—
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Lübecker Volksbote. Johannisstr. 46.

**Günstigste
auspflüger
Umsätze**
mit Obermeier's Mähmaschinen
jede Größe erhaltene zur
Beschäftigung in allen Ge-
büden, zu wagen. In haben
in allen Vorstädten, Drogenien
und Parfumerien.

**Peru-Tannin,
Birken-
haarwässer**
gegen Kopfschuppen
und Haarausfall.
Diana-Drogerie,
4465) Standorstr. 1.


Günstiges Angebot:
Kleiner
westf. Hartkohl
für kleine Defen u. Herd
liefert jedes Quantum
frei Haus u. ab Lager
Robert Gerditz
Königstr. 81,
Fernspr. 9023. (4439)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck, Distrikt Kücknick).
Am Sonntag, dem 16. Juli 1922,
in **Dieckelmann's Gasthof**
diesjähr. Sommerfest.
Ab 4 Uhr: Gartenkonzert, Belustigungen
für Erwachsene und Kinder.
Ab 8 Uhr: **Gr. Festball.**
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Festkomitee.
NB. Die freien Gewerkschaften und Vereine,
sowie die auswärtigen Distrikte sind auf diesem
Wege recht herzlich eingeladen. (4441)

 **Lichtspiele**
Fünfhausen 17-19.
Vom 14. bis 20. Juli 1922:
Satans-Peitsche
Drama in 6 Akten mit **Evi Eva.**
Pariserinnen
Sittensfilm in 6 Akten mit **Ressel Oria.**
Die Tänzerin auf dem Zungenpfad.
Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag, den 16. Juli 1922,
nachmittags 2-3 1/2 Uhr: (4458)
Gr. Kindervorstellung

Saßhof Klein-Mühlen.
Sonntag, den 16. Juli: 4466
Gr. Tanzkränzchen.
Hierzu ladet freundl. ein **Emil Nikoley.**

**Reichsbund der Kriegbeschädigten,
Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen**
Sitz Berlin :: Ortsgruppe Lübeck.
**Einladung zum
Sommerfest**
am Sonntag, dem 16. Juli 1922
in den Räumen des
Konzerthaus Lübeck
(Fackenburger Allee). Kassenöffn. 3 Uhr.
DER VORSTAND. (4454)

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Versuchen Sie bitte mein
feinstes Geirier-Fleisch
Döfchen, Döfchenfl. 38.— | Beefsteak, Kollf. 54.—
Bratenstücke 40.— | Zarte Döfchenleber 250.—
frisches Schweinefl. 70.— fr. Kopf und Bein 30.—

Umpressen
von Herren-Hüten
in moderne Formen,
**Hutreparaturen,
Hutreinigung.**
Hut-Ziehe
Wahmstraße Nr. 9.

Verband d. Maler
Den Kollegen
Kenntnisnahme, daß
der Stiftungsfest
mehr am Sonnabend
dem 22. Juli stattfindet
(4433) Der Vorstand

**Gemeinschaft
prof. Freidenker**
Ortsgruppe Lübeck.
Mitgliederversammlung
am Sonnabend, 15. Juli
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Wichtige Tagesordnung
(4448) Der Vorstand

Zentralverband der
Zimmerer
Bezirk Lübeck

**Mitglieder-
Versammlung**
am Montag, 17. Juli
abends 7 1/2 Uhr,
bei Lender, Hundstr.
Tagesordnung
1. Bericht von der Lok.
verwaltung.
2. Innere Verbands-
angelegenheiten.
(4464) Der Vorstand


**Arbeiter-, Radfahrer-Verband
„Planet“**
Zadenburg und Umge.

Am Sonntag, 16. Juli
22. Stiftungs-Fest
im Lokale
Brauerei Zadenburg
Korsfahrt 3 Uhr.
(4492) Der Vorstand
NB. Alle umliegenden
Bundessvereine
freundlichst eingeladen

Trocadero
Schüsselbuden A.

**Wiener Suppen
und Seben.**
Beginn 8 1/2 Uhr.
(4429)

Hansatheater
Täglich abends 8 Uhr
Die große Zugkraft
„Übern großen Teil“
Ausstattungsrevue
4 Bildern v. Ad. Bühl.
mit den hervorragenden
und beliebtesten Säng.
Minna v. Ssemel
Emil von Dolle (4)
Willy Schweisgut
Dir. Oskar Erast

Leser des Lübecker Volksboten!



Beruft Euch
bei Euren Einkäufen auf die Inserate
des Volksboten!

Berücksichtigt
bei allen Geldausgaben die Inserenten
Eures Blattes in erster Linie!

Werbt
ununterbrochen neue Abonnenten!

Unterstützt
Euer Blatt bei allen Gelegenheiten!

Freistaat Lübeck.

Freitag, 14. Juli.

Zur Herausgabe eines Amtsblattes.

Bekanntlich führt noch heute das deutsch-nationale Organ, die „Lübeckischen Anzeigen“ die Bezeichnung: Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck. Unsere Genossen haben schon vor Jahren und wiederholt beantragt, daß das „Lübeckische Anzeigen“ der Charakter des Amtsblattes genommen wird. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn in einem republikanischen Staat ein monarchistisches Organ Amtsblatt ist. Lange, sehr lange hat es feilich gedauert, bis der Senat zu einem Beschluß gekommen ist. Nun endlich bringt er der Bürgererschaft nachstehenden Bericht des Stadt- und Landamtes zur Kenntnis:

Seitdem im März 1920 auf Antrag von Haut und im Oktober desselben Jahres auf Antrag von Dreger die Bürgererschaft den Senat ersucht hatte, ihr eine Vorlage über die Schaffung eines von keiner Tageszeitung abhängigen amtlichen Anzeigenblattes entgegenzubringen, ist die Sache, wie sich aus nachstehender Darstellung ergibt, ohne Unterbrechung gefördert und dabei von den verschiedensten Gesichtspunkten beachtet und erörtert worden. Zunächst hat das Stadt- und Landamt im Dezember 1920 dem Senate einen Bericht vorgelegt, mit dem drei Vorschläge zur Wahl gestellt wurden, entweder: a) nach Hamburger Muster die Herausgabe eines in privatem Verlage täglich erscheinenden „Amtsblattes“, wobei der Staat an dem finanziellen Gewinn oder Verlust zu beteiligen wäre; oder b) die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in sämtlichen größeren Tageszeitungen gegen die übliche Preisvergütung; oder c) die Erweiterung unseres bisherigen „Gesetz- und Verordnungsblattes“ dergestalt, daß in dieses Blatt außer den Gesetzen, den Verordnungen des Senates und denjenigen behördlichen Verordnungen und Bekanntmachungen, die von der Senatskanzlei besonders bezeichnet werden, auch die sonstigen täglichen Amtsverordnungen aufgenommen werden, so daß der Besitzer dieses Amtsblattes, das täglich oder nach Bedarf erscheinen könnte, alle Bekanntmachungen, die jetzt im amtlichen Teil der Lübeckischen Anzeigen erscheinen, in ihrer Gesamtheit erhält, ohne die politische Tageszeitung beziehen zu müssen.

Von diesen drei Möglichkeiten hat damals der Senat der letzt-erwähnten den Vorzug gegeben und unter dem 4. Februar 1921 das Stadt- und Landamt beauftragt, sie zur Grundlage seines weiteren Berichtes zu machen.

Nach eingehenden Ermittlungen, die sich insbesondere auch auf die finanzielle Wirkung dieser Vorlage erstreckten, hat dann das Stadt- und Landamt auf Grund eines Vorberichtes vom August 1921 im Dezember desselben Jahres eingehend berichtet und unter Vorlegung bestimmter Richtlinien vorgeschlagen, die Herstellung dieses Amtsblattes, das jedem den Bezug eines zusammenhängenden Abdrucks sämtlicher Amtsverordnungen unabhängiger vom Bezug einer Tageszeitung ermöglichte, der Firma Gebrüder Borchers zu übertragen, wobei nach den damals geltenden Druckpreisen ein Staatszuschuß von jährlich etwa 16 000 Mk. errechnet wurde. Daraufhin wurde das Stadt- und Landamt unter dem 21. Dezember 1921 beauftragt, durch Verhandlung auch mit anderen Firmen, wiewohl ohne Ausschreibung, Angebote für eine Herausgabe des Amtsblattes einzuholen. Dies ist geschähen mit dem Ergebnis, daß gegenüber den Angeboten der herangezogenen fünf weiteren Firmen das Angebot der Firma Gebrüder Borchers, als der langjährigsten Verlegerin des Amtsblattes, in jeder Beziehung, nicht nur in finanzieller Hinsicht, das unbedingt und bei weitem günstigste war. Hierüber ist am 27. Februar eingehend berichtet worden.

Im Verlaufe der Bearbeitung war noch ein auswärtiger Vorgang bekannt geworden, der dem Stadt- und Landamt besonders beachtlich erschien. In Stuttgart nämlich ist seit Ende 1919 der Vertrieb des Amtsblattes in der Weise geregelt, daß gemäß einem zwischen der Stadt und den Verlegern aller dortigen (eif) Tageszeitungen getroffenen Abkommen das Amtsblatt zugleich mit den verschiedenen Zeitungen, soweit es von deren Besitzern bestellt wird, gegen eine geringe Sondergebühr zur Verteilung gelangt.

Die darauffolgende Unmöglichkeit mit den vier hiesigen Zeitungsverlegern eingeleiteten Verhandlungen ergaben die Bereit-

willigkeit der Verleger, das Stuttgarter Vorbild einer schleunigen eingehenden Prüfung in ihrem Bereich daraufhin zu unternehmen, inwieweit sich dieses Verfahren für Lübeck durchführen lasse; doch wurde hierfür eine etwa dreiwöchige Bedenkzeit erbeten. Das Ergebnis der Beratung, die durch die zeitweilige Ortsabwesenheit einzelner Herren und durch die Abhaltung des Deutschen Zeitungverleger-Tages in Hamburg und Lübeck etwas verzögert ist, hat der Verein der Lübecker Zeitungverleger am 7. Juli schriftlich vorgelegt. Es gipfelt darin, daß, wie bereits bei der mündlichen Verhandlung von allen Verlegern hervorgehoben war, sich für die Verwaltung und das Ausstatten eines gesonderten Amtsblattes, sowie für das Einführen des Bezugs-geldes bei den einzelnen Zeitungen erhebliche Schwierigkeiten ergeben; daneben sei zu berücksichtigen, daß ein Wechsel der An-kosten der Drucklegung, solange nicht ein Stillstand in der Lohn- und Preisbildung eintritt, mit jedem Monat neu zu erwarten ist. Aus den Kosten der Drucklegung des gesonderten Amtsblattes würden bei wöchentlich dreimaligen Erscheinen in einer Auf-lage von 10 000 Stück und einem Bezugspreise von monatlich 6 Mk. dem State jährliche Aufwendungen von rund 570 000 Mk. zu eigenen Lasten verbleiben, wozu noch schätzungsweise etwa 48 000 Mk. Anfahrtskosten kämen. Angesichts dieser nicht zu unter-schätzenden Gegengründe haben die Zeitungverleger geglaubt, ihrerseits einen weiteren Vorschlag nach Bremer Muster aufstellen zu sollen, wie folgt:

Sämtliche Tageszeitungen erhalten alle amtlichen Anzeigen zum Abdruck gegen einen besonders ermäßigten Preis. Damit ist 1) die größte Verbreitung gesichert, 2) eine erheblich einfachere Geschäftsabwicklung, 3) eine tägliche Veröffentlichungsmöglichkeit (gegen eine wöchentlich dreimalige) und 4) eine voraussichtlich erhebliche Ersparnis für den Staat gegenüber der Drucklegung eines gesonderten Amtsblattes erreicht. Aus der gemeinsamen Be-sprechung der Verleger hat sich ergeben, daß diese bereit sind, bei der vorzuschlagenden Lösung der Amtsblattfrage eine erhebliche Ermäßigung auf den jeweiligen Zeitungspreis für Veröffentli-chungen der rein lübeckischen Staatsbehörden zu gewähren bei vertraglicher Bindung von mindestens zwei Jahren allen Blättern gegenüber.

Bei Zugrundelegung von 2000 Druckzeilen monatlich würde sich die monatliche Rechnung nach den zurzeit gültigen Preisen wie folgt stellen:

Lübeckische Anzeigen	2000 Zeilen zu M 2,50	... M 5 000
General-Anzeiger	2000 Zeilen zu M 3,—	... M 6 000
Lübecker Volksbote	2000 Zeilen zu M 2,50	... M 5 000
Lübecker Neueste Nachrichten	2000 Zeilen zu M 2,50	... M 5 000
Summe		M 21 000

Bei diesem Verfahren würde also der Staat nur rund 252 000 jährlich aufzuwenden haben, zugleich würde damit eine Ver-breitungsziffer von rund 40—50 000 erreicht (gegenüber 10 000 bei einem besonderen Amtsblatt mit besonderem Monats-Bezugs-geld). Neben der größeren und sichereren Verbreitung der Amts-verordnungen stehen die weiteren Vorteile für den Staat, daß die Preise der Zeitungen nicht so sprunghaft steigen wie die der Druckerei und daß der in der heutigen Zeit besonders schwierige Austrage-, Einlieferungs- und Verwaltungsdienst fortfällt.

Vorstehender Vorschlag, der von allen 4 Zeitungverlegern ein-hellig aufgegeben ist, verdient nun angesichts des darin gezeigten Entgegenkommens der Zeitungen in der Preisberechnung nach Ansicht des Stadt- und Landamtes ganz entschieden den Vorzug. Zwar wird damit, genau genommen, kein „besonderes von der Tageszeitung getrenntes Amtsblatt“, wie es von der Bürger-schaft gefordert wurde, geschaffen, doch wird der Sinn des Ver-langens, den Bezug der amtlichen Bekanntmachungen von dem Bezug einer bestimmten politischen Tageszeitung, bisher der Lübeckischen Anzeigen, unabhängig zu machen, zweifelsohne er-füllt.

Der Senat kann sich den vorstehenden Ausführungen des Stadt- und Landamtes nur anschließen und stellt daher einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

Die Bürgerchaftsfraktion wird am Freitag in ihrer Sitzung diesen Vorschlag eingehend beraten und ihre Stellung dazu in der nächsten Bürgerchaftssitzung vertreten.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, dem 17. Juli hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Erlaß eines neuen Gesetzes über die Förderung der Ziegenzucht. 3. Rückäußerung und wiederholter Antrag, betref-

fend Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittel-schulen. - 3. Herausgabe des Amtsblattes. III. Antrag von Klann: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, das Hochfahrts-amt und die Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, anzu-weisen, daß den Kriegsbeschädigten und Invaliden, die durch ihre Verletzungen am Gehen behindert sind, auf Antrag Freifahrt-karten für die Straßenbahn ausgehändigt werden.

Achtung, Seeleute! Am 7. Juli hat sich in Hamburg ein vom Reichsarbeitsministerium gemäß § 22 Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 eingeleiteter besonderer Schlichtungsaus-schuss mit den Feuerfächern für die Mannschaff in der Ge-schiffahrt auf Grund der von dem Aktionsausschuß seemannischer Berufsverbände gestellten Forderungen beschäftigt. In dieser Verhandlung wurde folgender Schiedspruch gefällt: 1. Für den Monat Juni kommt sowohl auf die tarifliche Feuer als auch auf die tarifliche Ertragsabgabe für Hebearbeit ein Zuschlag von 20 Prozent in allen Gehalts- und Lohnstufen. 2. Für den Monat Juli 1922 erhöht sich die tarifliche Feuer um weitere 15 Pro-zent. Die Entschädigung für Hebearbeit der Schiffsoffiziere wird auf 1000 Mk., das Verpflegungsgeld auf 65 Mk., der Heber-stunden für Vollgrake auf 18 Mk., für Junggrake auf 9 Mk. er-höhrt. 3. Den ersten Offizieren des Deutsches mit des Ma-schinendienstes wird für den Monat Juli 1922 außerdem eine Zulage von 500 Mk. gegeben. Beide Parteien haben bis zum 14. Juli 1922 zu erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen. — Wie uns vom Transportarbeiterverband mitgeteilt wird, haben in Lübeck die Seeleute diesen Schiedspruch abgelehnt.

Das Rauchverbot auf der Eisenbahn. Nach den bahnpoli-zeilichen Vorschriften darf in den Nichtraucher- und Frauen-abteilen der Züge, selbst mit Zustimmung der Mitreisenden, nicht geraucht werden; auch dürfen solche Abteile und die Seiten-gänge der Wagen, in denen das Rauchen untersagt ist, nicht mit brennenden Zigaretten, Zigaretten oder Tabakpfeifen betreten werden. Die in Freizeit kommenden Eisenbahnbediensteten sind gehalten, bei jedem Besuch gegen das Rauchverbot ohne vor-zuherige Verwarnung gegen Empfangsbefähigung eine Buße von 20 Mk. einzuziehen.

Winte für den Reiseantritt. Im Hinblick auf den verstärkten Reiseverkehr während der Ferien wird zur Vermeidung von Störungen bei den Fahrkartenausgaben und Gepäckabfertigungen, empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und die Gepäckstücke aufzugeben. Eine frühere Aufgabe von Gepäck ist nur dann nicht zulässig, wenn auf der Bestimmungs-station die Aushändigung des Gepäcks durch die Zugführer erfolgt. Jedes Stück muß die genaue und dauerhaft beschriftete Adresse des Reisenden (Name, Wohnort, Wohnung) sowie den Namen der Aufgabe- und der Bestimmungsstation tragen. Sehr zu emp-fehlen ist, dem Gepäckstück einen Zettel mit gleicher Aufschrift bei-zulegen, damit beim Abhandkommen der äußeren Bezeichnung bei amtlicher Öffnung des Koffers der Eigentümer sofort er-mittelt werden kann. Alle Bezeichnungen müssen sorgfältig ent-fert werden, um zu verhindern, daß das Gepäck verschleppt wird. Man veräume auch nicht, bei Aufgabe des Gepäcks die Verschä-derung zu beantragen, die gerade während des verstärkten Reise-verkehrs am Plage ist.

Von der Schifffahrt. In der nächsten Zeit wird das in der Kieler Förde auf ungefähr 54° 29' N, 10° 16,3' O aufliegende Feuer-schiff „Kiel“ durch das Feuer-schiff „Reserve Olke“ vorüber-gehend ersetzt werden. Feuerkennung und Nebelsignale bleiben unverändert. — Das auf ungefähr 54° 36' N, 11° 9' O aufliegende Feuer-schiff „Rehmarmbelt“ wird in nächster Zeit vorübergehend durch das Reservefeuer-schiff „Reserve Holtensau“ ersetzt werden. Neuzüge Beschilderung, Feuerkennung und Nebelsignale bleiben unverändert. — In den Gewässern um Rehmarm wird in den Mo-naten Juli bis September ausgedehnte Fischerei mit Herings- und Makrelennetzen betrieben. Die Netze, welche an einem Ende durch Bojen oder Trüge besetzt sind, sind Treibnetze. Die Schifffahrttreibenden werden zur Vermeidung von Unfällen hier-auf aufmerksam gemacht.

Sonntagsfahrkarten nach Neustadt sind seit einiger Zeit auf der Strecke zwischen Lübeck und Neustadt (Holstein) ab Lübeck eingeführt worden.

Gelegenheit macht Diebe. Vor einigen Tagen kaufte sich ein Herr aus Lübeck in einem Geschäft in Hamburg ein Beinkleid. Während er die Hose anprobierete, legte er seine alte Hose auf einen Stuhl und begab sich in die Schneiderstube. Als er in den Spiegel sah, bemerkte er, wie sich der Schneidergeselle N. neben

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Cider.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Kolf fuhr unterdessen die Chaussee nach Husum entlang, und der alte Stromer redete seine zusammengekniffene Gesicht auf und erzählte von seinen großen Erfolgen und dem Mißgeschick, das ihn verfolgte.

Kolf hörte schweigend zu. Er kam nicht von dem Gedanken los, daß er diesen Menschen schon einmal in seinem Leben ge-sehen haben müsse.

Wir sind bald in Husum, unterbrach ihn Kolf endlich. Bieleicht können Sie nach Jmmstedt zu Fuß weiter gehen. Es sind nicht viel mehr als zwei Stunden Wegs.

Der Alte zog die Schultern hoch und wiegte den Kopf. „Ja, Herr, ich würde eigentlich lieber nach Hamburg fahren. Was soll ein Künstler in Jmmstedt anfangen? Es ist ein Nest! Ja, ja, meine Tochter, ganz recht, aber im Vertrauen gesagt, mit sehen auf etwas gespanntem Fuße. Sie kann mir nicht verzei-hen, daß — haha —. Bleiben könnte ich da nicht bei ihr. Wie wäre es, Herr, wenn Sie mir das Reisegeld vorstreckten? Ich würde meiner Tochter schreiben, daß sie es Ihnen zurückzahlt. Das tut sie, Sie können sich darauf verlassen.“

„Wie heißt denn Ihre Tochter?“ fragte Kolf.

„Antje Möller, Kolonialwarenhandlung. Das Geschäft geht gut.“

„Ich würde freilich meine Tochter lieber an einem anderen Orte sehen. Als Künstlerin oder ähnliches. Sie ist schön —, das Kind einer unglücklichen Liebe. Ach ja!“

„Es ist gut,“ sagte Kolf kurz und knitt ihm mit diesen Worten eine Reibe ab. Er zog sein Portemonnaie. „Hier ist das Reisegeld bis Hamburg und noch etwas darüber; ich schenke es Ihnen, wenn Sie sofort abreisen. Sie waren jetzt dicht vor Husum, und er nickte seinen felsamen Reisegeschäften, abzu-reisen.“

Der verkommene Komödiant hielt drei Later in der Hand. „Meinen verbindlichsten Dank,“ rief er und lästete den abge-sessenen Hut, „Ich werde mit dem nächsten Zuge abreisen.“

Kolf fuhr in die Stadt hinein. Er verlor den ganzen Tag über nicht den nachdenklichen Zug im Gesicht. Es freute ihn, daß er von Antjes Haupt, ohne daß sie es wußte, eine Demütigung abgemeldet hatte, und zugleich quälte ihn der Gedanke, daß so wie Antje den Vater, der sich nicht um sie gekümmert hatte, nicht anerkennen wollte, auch Andreas ihm fremd und feindsich

gegenüberstehen würde, sobald er erführe, wer sein Vater sei. Während er dies dachte, fühlte er, daß ihm Andreas ans Herz gewachsen war.

Zwölftes Kapitel.

Zwei Jahre waren verfloßen, seitdem Andreas auf Keth-wischhof eingezogen war. Zwei Jahre schon weckte Wiebke fern von der Heimat.

Andreas hatte sich immer mehr auf dem Hofe eingelebt und war seinem Herrn mit Leib und Seele ergeben. Denn er mal, was freilich nur alle Vierteljahr vorkam, auf einen Tag nach Hause kam, wußte er nur Gutes und Schönes zu erzählen. Ge-wöhnlich war dann auch Mäken dabei, und sie bauten zusam-men ein nettes hübsches Lusthaus; es war sogar ein Garten da-bei und ein paar Felsen Land mit guten Milchkuhen. Antje und Dreesohm aber lagen dabei und lächelten sich an. Dann sagte Dreesohm wohl mal: „Ja, Antje, die gehen jetzt in die Welt hinein, aber wir gehen hinaus.“ Zu diesen Worten nickte Antje wohl still und resigniert, aber manchmal bligte doch fun-telgleich etwas in ihren Augen auf, wie das letzte Flimmern der untergegangenen Sonne.

Wiebke war in den zwei Jahren mehrmals auf einige Tage zu Hause gewesen, als vorübergehender Besuch. Sie hatte mehrere Stellenungen gehabt, gute und schlechte, aber weder in guten noch in schlechten Tagen hatte sie sich nach der Heimat ge-lehnt. Selbst die kurze Zeit, die sie ab und zu in dem Eltern-hause zubrachte, verlief nicht ohne Reibereien zwischen ihr und der Mutter.

Andreas hatte sich das junge Mädchen sowohl äußerlich als innerlich sehr zu seinem Vorteil verändert. Wiebke war hübs-cher, reifer geworden. Der Ausdruck ihres Gesichtes hatte sich vertieft, und ihr Wesen war lebenswürdig und zurückhaltend. Nur gegen Niedrigstehende zeigte sie noch den alten Stolz. Auf ihrer letzten Stellung, einem großen Gute in Angeln, hatte es Wiebke besonders schlecht getroffen. Der Gutsbesitzer hatte mit argen pecuniären Schwierigkeiten zu kämpfen, und infolgedessen herrschte im Hause oft eine gedrückte Stimmung. Die Frau ließ ihrer schlechten Laune die Zügel schießen, die Kinder waren un-artig, die Diensthofen widerwillig, und Wiebke, die als Stütze der Hausfrau zwischen diesen Parteien stand, hatte eine schwierige Stellung.

Da trat ihr zum ersten Male in ihrem Leben ein Mann entgegen, dem sich ihr ganzes Herz erschloß. Wertwürdigerweise war es ein Mensch, den sie in ihrer Heimat durchaus nicht für ebenbürtig angesehen hätte. Er war Hauslehrer auf dem Gute, Kandidat der Theologie, der Sohn armer Eltern und nicht einmal hübsch. Was sie zusammenführte, waren die Schwie-

rigkeiten, die sie gemeinsam zu überwinden hatten; dann trösteten sie sich gegenseitig, und endlich wurde eins dem andern unentbehrlich.

Wiebkes stolzes Herz war edel genug, sich dem tüchtigen charaktervollen jungen Manne hingezogen zu fühlen, ohne nach Geld und Gut, Rang und Stand zu fragen. Ja, sie war dem Geliebten gegenüber von bezaubernder Demut und ordnete sich ganz seinem Geiste unter. Freilich wußte sie wohl, daß es zu Hause manch harten Kampf geben würde, ehe sie die Frau Paul Jensens wurde. Den Vater fürchtete sie weniger als die Mut-ter, der so leicht keiner gut genug war, und der junge Lehrer war viel zu zurückhaltend und taktvoll, um auf das Recht seiner Liebe zu pochen.

Es war im dritten Jahre, nachdem Wiebke von Hause fort-ging, als Frau Karline Andersen plötzlich starb. Ihr Zustand hatte sich in der letzten Zeit derart verschlimmert, daß sie endlich einwilligte, mit ihrem Manne nach Kiel zu reisen und einen be-rühmten Professor zu konsultieren. Sie wurde dort sofort in der Unterputzambulanz untergebracht und mußte schon an einem der nächsten Tage operiert werden.

Die Operation wurde ausgeführt und galt als gelungen. Sie war voller Hoffnungen und sanfter und liebenswürdiger gegen ihren Mann, als sie es während all der Jahre gewesen war. Da kam der Rückschlag; es trat Fieber ein, und wenige Tage danach starb sie, ohne Kethwischhof oder ihre Tochter wiedergegeben zu haben. Ihre Leiche wurde nach Brdwordt überführt und hier begraben.

Was alles kam so schnell, daß es dem langsam denkenden Kolf schwer ward, sich daran zu finden. Es war nur gut, daß Inge-borg da war und mit ihrer kraftvollen Hand die Zügel des Haus-halts ergriff.

Sie führte die Wirtschaft während der Zeit, da Kolf mit sei-ner Frau in Kiel war, sie ordnete alles an für das Begräbnis und die Trauermahlzeit.

Im Kringelzug wirtschaftete derweilen ihr Neffe Niklai, der auf dem elterlichen Hofe als dritter Sohn ziemlich überflüssig war. Recht und Mädchen waren seit Jahren im Krug und mußten mit allem Bescheid. Schließlich konnte Niklai den Krug noch einmal übernehmen, wenn er eine recht vermögende Frau heiratete. Ingeborg lag nichts mehr an der Wirtschaft. Sie hatte es satt, jedem Koppelnecht und jedem Handelsmann für seine Biergroßen ein freundliches Gesicht zu zeigen und oben-dreien von den wohlhabenden Bauernnachren nicht für voll an-gesehen zu werden. Ihr Sinn stand nach Höherem; ihre Gedanken gingen sehr weit. Sie hielt jetzt das Heft in den Händen und war nicht willens, es wieder von sich zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

der auf seinem Stuhl liegenden Hölle bückte, dann aber verschwand. Da er an eine Diebesabsicht nicht glauben wollte, blieb er ruhig. Später stellte er fest, daß aus seiner Brieftasche die 55 000 Mk. entfallen hatte, 7000 Mk. verschwunden waren. Sofort kam ihm der Gedanke, daß der Gefelle A. der Dieb sei. Seine Erkundigungen ergaben, daß A. entgegen seiner Gewohnheit statt um 6 schon um 4 Uhr die Arbeitsstelle verlassen hatte. Außerdem kehrte er in sein altes Logis nicht zurück, mietete sich ein anderes Zimmer und zahlte dort 100 Mark an. Bei einem Gläubiger zahlte er 700 Mark und kaufte sich einen Anzug, Uhr, Kette und Feuerzeug. Da A. sonst stets Vorschuß genommen hat, erschienen diese Feststellungen genügender Beweis der Schuld des Verdächtigen, worauf man zur Verhaftung schritt.

Streik auf der Ueberlandzentrale. Die Verhandlungen auf der Ueberlandzentrale haben zu keiner Einigung geführt. Die Besatzung hatte heute Mittag die Arbeit eingestellt. Die Notstandsarbeiten sollen verrichtet werden. Der Betrieb der Straßenbahn wurde wegen Strommangels heute Mittag gegen 12 Uhr eingestellt.

Die Mitglieder des Biochemischen Vereins werden Sonntag nachmittag einen Spaziergang nach dem Riefebüsch machen. Abmarsch 2 Uhr Lindenplatz. Freunde willkommen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hanza-Theater. Die Ausstattungsrevue Uebern großen Teich gewirmt täglich mehr das Interesse des Publikums. So daß die Direktion sich gezwungen fühlt, diesen Schläger noch mehrere Tage auf dem Spielplan zu lassen.

Angrenzende Gebiete.

Enten. Ein frecher Raubüberfall am hellen Tage wurde Dienstag nachmittag bei Garau auf der Chaussee von Lübeck nach Gütin verübt. Angeblich drei durch schwarze Masken unkenntlich gemachte Männer hielten einen Hamburger Reisenden an und raubten diesem 22 50-Mark-Scheine, 44 100-Mark-Scheine und außerdem eine Latina-Halskette mit 3 kleinen und 1 großen Brillanten im Werte von 50 000 Mark.

Hamburg. Fortdauer des Schiffsmaschinenstreiks. In einer Hamburger Versammlung der streikenden technischen Schiffsangehörten wurde mitgeteilt, daß in den deutschen Häfen bisher etwa 300 Dampfer durch den Ausstand stillgelegt seien von denen 172 auf Hamburg und 83 auf Bremen entfallen. Auch auf ausländische Häfen habe der Kampf übergriffen. Eine Anzahl mittlerer und kleinerer Reedereibetriebe habe den neuen Tarif anerkannt. Der Betrieb sei dort wieder aufgenommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Hamburg. Für die Kathenau-Mörder und die Attentäter auf Maximilian Harden werden Gelder gebraucht, um sie noch in letzter Stunde zu retten und über die Grenze zu bringen. Der „Deutsche Schutz- und Trutzhund“, der, wie nachgewiesen ist, an der Organisation der Attentate beteiligt ist, hat, obwohl er in Hamburg verboten ist, die Sammlung der Gelder in die Hand genommen. Der Generalsekretär Alfred Roth in Bergedorf, der sich unbegreiflicherweise noch immer in Freiheit befindet, leitet die Aktion. Bei Otto Schmitz, Alterweg 48, sind folgende Flugblätter gedruckt worden: „Wer das Gebot der Stunde erkannt hat, der schick sofort an Alfred Roth in Bergedorf unter Postfachkonto 25 950 eine Geldsumme. Jetzt muß sich deutsche Treue bewähren. Seine Getreuen.“ Diese Flugblätter sind in einen Leppich gewickelt worden, um die Sendung zu verkleiden, und abgelehrt worden an einen gewissen Otto in Hamburg. — Das „Echo“, dem wir diese Nachricht entnehmen, verlangt mit Recht die sofortige Festnahme des Alfred Roth wegen Verdachts der Beihilfe; Beschlagnahme der Flugblätter; Einziehung des Postfachkontos und Beschlagnahme der Gelder.

Sarburg. Neue große Bauprojekte sind zur Hebung der Wohnungsnot ausgearbeitet worden. Es handelt sich zunächst um den Bau von 134 Wohnungen. In Anbetracht der gewaltigen Kosten haben die städtischen Kollegien beschlossen, alle Arbeiter, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, zu einer Beitragsgemeinschaft zu vereinigen. Nach Abzug des rentierlichen Wertes der Bauten werden die Arbeitgeber zur Hälfte des Verbleibenden Kostenbeitrages herangezogen.

Riel. Zu dem Waffenfund auf dem Marine-Exerzierplatz wird folgender amtlicher Bericht der Disposition veröffentlicht: Auf dem Arsenal Riel, der Waffenkammer für die Marine im Ostbereich, wurden vom 8.—10. Juli von der Kontrollkommission der Entente etwa 250 Maschinengewehre gefunden. Ähnliche Maschinengewehre sind in nicht gebrauchsfähigem Zustande, da zum größten Teile die Schläger und auch andere Teile fehlen, außerdem sind sie meist stark verrostet. Ferner wurden im weiteren Verlauf der Revision etwa 600 Gewehre, eine Anzahl Zylinder und Revolvereile für Verkleidung- und Witterungsbedingungen der Schiffsartillerie und sonstige Gebrauchsinstrumente gefunden, die von der Entente vollständig zerstört sind. Sowohl Station als auch Arsenalkommando sind von diesem Fund überrascht worden. Es wurde sofort eine Untersuchung angeordnet, die zurzeit noch nicht abgeschlossen ist. Des Weiteren von Munitionskontrollen, wie es durch Gerüchte und Briefe verbreitet worden ist, entspricht nicht den Tatsachen. Da auf dem Arsenal überhaupt keine Munition lagert, unterließe jeder Verdacht bemerkt dazu: Am Freitag morgen wurden von der Kontrollkommission der Entente eine Anzahl Maschinengewehre gefunden und beschlagnahmt. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurden sich zwei ehemalige Marineoffiziere, Heilmann und Krug, veranlaßt, ein noch nicht erobertes Waffenlager von einem Versteck nach einer Ragnow-Landstraße zu transportieren. Es handelte sich um 48 neue Maschinengewehre, die man mit der Eisenbahn weiter verschicken wollte. Sie waren auch nicht verrostet, sondern vollständig brauchbar. Aus welchem Grunde haben sich die Herren der nächsten anstehenden Arbeit unterzogen? Eine Untersuchung muß eingeleitet werden, ob diese Waffenfunde mit den Waffenfunden in anderen Orten in Verbindung zu bringen sind.

Aus der Partei.

Seppel-Gedenkreise. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau hat beschlossen, am 1. August festlichen Gedenkreise zu veranstalten. Einmaliges Festessen, um welchen bei vielen Hinweis auf längere verkehrte Größen vergangener Tage, die sich in den Straßen Breslavs befinden, auch den Namen Seppels zu verewigen. Der Name des größten Sohnes der Stadt Breslau, so heißt es in dem Aufruf des Breslauer Arbeitervereins, des mutigen Kämpfers für Freiheit und Recht, des gemäßigten Verkünders des Sozialismus, liegt wohl auf unseren Lippen von 1000 Jahren und ist in Millionen von Herzen eingegraben. In seiner Heimatstadt Breslau oder irgendwo außer seiner Heimatstadt wohnt er nicht. Als alle Sozialisten und Republikaner wird die dringende Bitte gerichtet, an den für dieses Gedenkreisen erforderlichen und erheblichen Werten durch freiwillige Spenden beizutragen. Das Gedenkreisen soll am Todesort Seppels, am 1. August, stattfinden werden, und dann gibt doppelt, wer schnell gibt.

1200 neue Abonnenten hat die „Freie Presse“ in Elberfeld gewonnen. Bei der Sozialdemokratischen Partei, Unterbezirk Elberfeld, sind 300 neue Aufnahmen für die Partei eingelaufen. Dabei ist keine eigentliche Agitation unternommen worden. Dies Ergebnis muß für unsere Genossinnen und Genossen eine Anregung zur eifrigsten Verarbeitung sein.

Gewerkschaften.

14. Verbandstag der Fabrikarbeiter.

kr. Frankfurt a. M., 12. Juli. Der Bericht über den Gewerkschaftskongress gab Wollermann-Danzig, der sich besonders festig gegen die vom Leipziger Gewerkschaftskongress beschlossene Form der Organisation wandte. Man habe durch die Annahme der Resolution Dismann einfach den Versuch unternommen, sich auf Kosten des Fabrikarbeitersverbandes Mitglieder zu sichern. Gegen eine solche gewerkschaftliche Taktik wendet sich der Berichterstatter ganz entschieden unter Beifall fast des gesamten Verbandstages. Im übrigen erklärte er sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden. Besonders die Schlußformel, die der Kongress in der Frage der Arbeitsgemeinschaft fand, hält der Redner für einen dankbaren Ausweg. Bekanntlich hatte der Gewerkschaftskongress durch die Annahme der Resolution Wisliff dem Bundesvorstand auch für die weitere Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft die Wege freigemacht.

Daß der Referent die Anschauungen des Verbandstages bei seiner Berichterstattung getroffen hat, zeigte die Aussprache, die fast den ganzen dritten Verhandlungstag in Anspruch nahm. Auch die am weitesten links stehenden Delegierten, die zum Wort kamen, waren sich in der Abwehr der Industrieverbände nach Dismannischem Muster einig. Im übrigen fanden die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses volles Verständnis und Anerkennung. Noch einmal lobte die Frage der Arbeitsgemeinschaft bei dieser Frage auf. Die Erörterungen über den Punkt Industrieverbände selbst wurden aber nicht abgeschlossen, da sich ja noch ein besonderer Tagespunkt damit beschäftigen soll. Die vorliegenden Anträge wurden meistens als erledigt erklärt. Ein Antrag Berlin, der volle Ausnützung des Delegiertenrechtes verlangt, wurde auf Empfehlung des Vorstandes angenommen.

Hierauf wurde der Bericht der Statutenberatungskommission erörtert. Sie schlägt vor, die Beiträge in 14 Klassen einzuteilen, die bei 4 Mark beginnen und mit 30 Mk. enden. In einer Zahlstelle sollen in der Regel nicht mehr als 5 Beitragsklassen eingeführt werden. Dementsprechend wird auch für die Erwerbslosen-Unterstützung eine Neucinteilung getroffen: 11 Klassen werden vorgeschlagen, die mit 90 Mk. Unterstützung bei dem 4-Mark-Beitrag beginnen und stufenweise steigend in der 4. Klasse bei 30 Mk. Höchstbeitrag und bei voller Unterstützungshöhe 1132 Mk. betragen. Das Stützgeld schwankt zwischen 60 Mk. bis 1800 Mk. Die Streit- und Gemagregelungen-Unterstützung beträgt von 48 Mk. in der 1. Klasse bis zu 720 Mark in der 14. Klasse. Ähnlich sind alle anderen Unterstützungsätze geregelt. Den Fiskalen sollen 35 Proz. der Einnahmen bleiben, dafür dürfen sie aber keine Sozialzuschläge mehr erheben.

Die Debatte über den Bericht der Statutenberatungskommission füllte den ganzen vierten Verhandlungstag aus. Es wurde von den zahlreich zu Worte kommenden Diskussionsrednern vor allem bemängelt, daß die Lokalkassenbeiträge fortlassen, da mit den 35 Prozent, die den Fiskalen belassen werden sollen, die Ortsvereine nicht ausstärken. Weiter wandten sich mit großer Entschiedenheit einige Redner gegen die nach ihrer Ansicht ungenügende Streifenunterstützung. Eber solle man die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung abbauen und dafür die Streit- und Gemagregelungenunterstützung erhöhen.

Sozial ist indessen aus dem Gange der Debatte zu ersehen, daß die Beitragserhöhung im Sinne der Kommission eine große Mehrheit finden wird, da sich alle Redner für eine wesentliche Erhöhung der Leistungen an den Verband aussprachen.

Die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe. Aus Leipzig wird berichtet: Der Ausschuss des Tarifamtes der Buchdrucker hat nunmehr dem Vorschlag auf eine tarifliche Lohnerhöhung zugestimmt. Danach erhalten die Gehilfen über 24 Jahre ab 10. Juli dieses Jahres eine wöchentliche Zulage bis zu 300 Mk. gestaffelt nach Lohnklassen und gültig bis 1. August, von da ab eine Zulage von wöchentlich 360 Mk. gültig bis zum 19. August.

Was tut not?

Der Reich an Reichenau, der nicht den Mann, sondern die Republik treffen sollte, hat gezeigt, daß die Republik außerordentlich in Gefahr ist. Hierüber dürfte bei allen einsichtigen Republikanern kein Zweifel bestehen. Es ist da die Frage aufzuwerfen: Was ist jetzt zu tun, um die Gefahr abzuwenden und den republikanischen Gedanken in der Republik zu befestigen? Die Antwort kann nur lauten: Die Regierung und die politischen Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, haben alles dafür einzusetzen, daß die Bevölkerung durch eine stetige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in republikanischem Sinne erzogen wird. Nur, wenn täglich den Massen klargemacht wird, welcher Unterschied zwischen dem republikanischen Staat und der verfallenen Monarchie, welche wirtschaftlicher und politischer Freiheiten heute gegen früher vorhanden sind, welche Rechte die Arbeiterklasse heute gegen früher besitzt, wird der republikanische Gedanke und das politische Verantwortlichkeitsgefühl gehoben und gestärkt. Das ist im wahren Sinne das Gebot der Stunde.

In der Reichszentrale für Heimatsdienst besitzt die Reichsregierung eine Aufklärungsstelle. Diese Stelle müßte eigentlich dazu berufen sein, die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in Verbindung mit den republikanischen Parteien und Berufsorganisationen zu leisten. Ohne die bisherigen Arbeiten der Reichszentrale für Heimatsdienst zu verkleinern, muß doch offen ausgesprochen werden, daß die Art der Aufklärung, die auf vollständig neutralen Boden geschah, nicht die richtige gewesen ist. Die richtige Kernaktivität muß aus dieser Stelle endgültig verdrängt werden. Bei der Arbeit muß die Festigung der Republik der Leitgedanke sein. Alle in der Reichszentrale für Heimatsdienst betätigten berufsständigen und ehrenamtlichen Mitarbeiter, die nicht auf dem Boden der Republik stehen, können nicht in ihr tätig sein. Es ist geradezu ein Wahnsinn, daß Elemente, die demagogisch bis auf die Knochen sind, als Angestellte oder ehrenamtliche Mitarbeiter in der Reichszentrale für Heimatsdienst tätig sein können. Die republikanische Regierung muß endlich einmal den Gedanken abschütteln, daß sie die Reichszentrale für Heimatsdienst im neutralen Sinne verwalten will. Das kann jetzt unmöglich sein. Würden die alten Gewalten am Ruder sein und ein derartiges Instrument in der Hand haben, so würde eine rein monarchistische Propaganda betrieben werden müssen. Die Herrschaffen würden sich den Leuten darum scheren, was ihre Gegner dazu sagen würden. Ebenso muß auch die Regierung der Republik handeln, da es sich um den Bestand der Republik und die Zukunft des Volkes handelt. Jede Rücksichtnahme muß ausgeschlossen sein, und es dürfen nur Personen in der Reichszentrale für Heimatsdienst tätig sein, die vollständig und fester auf dem Boden der republikanischen Staatsauffassung stehen. Nur das dürfte die Gewähr bieten, daß im Sinne der Republik und für die Republik Aufklärungs- und Erziehungsarbeit geleistet wird.

Großstadtabenteuer. Eine teure „Bierreise“ machte eine Frau in Berlin. Sie trank zunächst in heiterer Gesellschaft und dann allein so viel, daß sie heftiglich schwankte, als sie zur Nachtzeit den Heimweg antrat. In diesem Zustande war sie froh, daß eine junge „Dame“ ihr Hilfe anbot, sie nach Hause begleitete, dort entkleidete und zu Bette brachte. Um so peinlicher war am nächsten Morgen das Erwachen und die Ernüchterung. Die freundliche Helferin hatte ihr Kleidungsstücke, Brillantringe und andere Schmuckstücke, alles in allem für 120 000 Mark, gestohlen und war spurlos verschwunden. Es wird vermutet, daß die „freundliche“ Helferin ein Straßenmädchen ist. — Ein nicht minder kostspieliges Abenteuer erlebte ein Viehhändler aus der Provinz in Berlin. Dem Manne wurde auf dem Sietziner Bahnhof, wo er mitten in der Nacht eingeschlafen war, die Brieftasche mit einigen 100 Mark und wichtigen Papieren gestohlen. Als er sich nach dem Erwachen auf dem Bahnhof umsah, näherten sich ihm zwei freundliche Männer und fragten ihn teilnehmend, ob ihm etwas fehle. Er erzählte ihnen sein Mißgeschick. Die Männer erklärten, den Dieb kennen sie schon, und wenn er sich ihnen anvertrauen wolle, so werde der Bestohlene halb wieder zu seinem Eigentum kommen. Unverzüglich wanderte der Bestohlene mit den Helfern nach dem Humboldthain, die in der Brunnenstraße einen Schenkwirt wählten, um sich noch zu stärken. Dann bestieg man eine Droschke, um die Verfolgung des Diebes aufzunehmen. Plötzlich verlangte der Kutsher unterwegs das Fahrgeld. Als der Viehhändler darauf aufmerksam machte, daß er ja einen Taxameter habe, der den Preis am Ende der Fahrt anzeige, mußten alle aussteigen. Jetzt griff einer der Helfer dem Viehhändler blitzschnell in die innere Westentasche und riß ihm ein Paket mit 131 000 Mark heraus und alle verschwanden.

Eine neue Höhle im Harz entdeckt. In den Bergen bei Queistenberg wurde eine neue Harzhöhle erschlossen. Sie besitzt eigenartige Reize und Wunder, die keine anderen bekannten Höhlen aufweisen. So bestehen die Felsen, die die Decken und Wände der Höhräume bilden, zum Teil aus Marienglas, das bei Beleuchtung wie Diamant und Gesteine funkelt. Der größte Raum von etwa 45 Metern Länge gleicht einem Sternenhimmel, der sich in dem klaren See spiegelt. In einem anderen Räume lagern Eisblöcke aus buntgenarstem Marmor. Stellenweise sind Tropfsteingebilde vorhanden, die sonst in den Höhlen des Siedharges nicht zu finden sind.

Absturz beim Edelweißjuchen. Der Mechaniker Heinrich König aus München ist beim Edelweißjuchen am Sonnenwendtag 300 Meter tief abgestürzt. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Eisberge im Atlantik. Das amerikanische Schiffsamt erlaubt, wie aus New York gemeldet wird, eine dringende Warnung an alle Dampfer des Atlantischen Ozeans wegen der außerordentlich großen Gefahr der Eisberge, die infolge der heißen Frühjahrsstage früher als sonst aus den Polargegenden losgetrieben wurden und die Schifffahrt bedrohen. Sämtliche Dampfer müssen daher einen möglichst südlichen Kurs nehmen.

Sport.

120 Extrazüge sind bis jetzt für den Hin- und Rücktransport der Angehörigen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes festgelegt. Dazu kommen die Züge für die Ausländer und die an den 77 Turnfabriken sich beteiligenden Festteilnehmer. Für jeden Zug ist ein Fahrleiter bestimmt, der mit den örtlichen Eisenbahnverwaltungen alles weitere regelt. Die genauen Fahrzeiten und die Fahrpreise der Extrazüge geben wir in den nächsten Tagen bekannt. Angehörige anderer Arbeitersportverbände, die zum Besuch des Festes an den Extrazügen teilnehmen wollen, müssen sich so fort bei den Fahrleitern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes melden.

61 000 Teilnehmer zum 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest sind, außer den Angehörigen des Leipziger Bezirkes, bis zum 30. Juni 1922 für Leipzig namentlich gemeldet.

50 Schulen Leipzigs sind für Massenquartiere vorgesehen.

Das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest im Film. Die Arbeiterportler lassen von ihrem Bundesfest einen 1000 Meter langen Film herstellen. Dieser Film wird rund eine Stunde Vorführungszeit in Anspruch nehmen. Natürlich kann in diesem Film nicht das ganze Bundesfest von Anfang bis Ende wiederkehren; es kann sich nur um Ausschnitte handeln, und zwar um die wertvollsten. In mehreren Besprechungen mit der Herstellungsfirma, Filmhaus Nishche, L.-G., Leipzig, Karlstr. 1, Karls Hof, ist das wesentlichste herausgearbeitet worden, und es darf mit gutem Gewissen behauptet werden, daß der Film eine ganz besondere Anziehungskraft ausüben wird, zumal die Szenen als führend auf dem Gebiete der Filmindustrie anerkannt ist. Der Film wird den Empfang festhalten, besonders schöne Momente aus dem Festzuge wiedergeben, dann die Massenübungen der Turner, Turnerinnen, Sportler und Kinder zeigen. Die Sondervorführungen der Kreise, das süddeutsche Vereinssternen, die Übungen der Ausländer, das Springen und die Wettkämpfe der Schwimmer werden auf der Leinwand erscheinen. Im rasenden Endspurt werden die Läufer vorüberziehen, ein besonderer Stachelsprung, ein guter Speerwurf wird wiederkehren. Glanzleistungen an den Geräten hält der Film fest und den Kampf um die Bundesmeisterschaft in den Turn- und Fußballspielen können wir uns ansehen. Daneben gewährt der Film einen Einblick in das gewaltige Getriebe der Bewirtung des Festes, zeigt uns u. a. die riesigen Lebensmittellager, die für die Massenfestung notwendig sind, die Massenfestung selbst und anderes mehr. Auch wird der Film noch besondere Ausschmückung von anderen interessanten Aufnahmen erhalten, so z. B. die Feststadt sowie den Festplatz vom Flugzeug aus gefilmt. Die führenden Leipziger Kinos haben schon das Ausführungsrecht erworben, ebenso die Meißnerwoche, die Ausschnitte aus dem Film in ihrer Wochenchau bringt. Auch aus dem ganzen Reiche ist eine große Anzahl Kinos wegen der Vorführung in Unterhandlung getreten. Der Film läuft erstmalig am Montag, dem 12. Juli. Alle, denen es nicht möglich war, an dem Fest teilzunehmen, werden es sich nicht nehmen lassen, wenigstens das Fest im lebenden Bilde an sich vorüberziehen zu lassen. Und diejenigen, die das Glück hatten, an dem ersten Bundesfest teilzunehmen, sie werden mit Freude nochmals das Erlebnis auf sich einwirken lassen.

608 393 Mitglieder,

ohne Schüler und Schülerinnen, hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund nach seiner Zusammenstellung laut Mitgliederbestand am 1. Januar 1922 zu verzeichnen. Das bedeutet gegenüber dem Bestand am 1. Januar 1921 von 480 170 eine Reizunahme von 168 223 Mitgliedern über 14 Jahre. In neuen Vereinen wurden in der gleichen Zeit 884 gewonnen, die einen Gesamtmitgliederbestand von 61 553 aufweisen. Die restlichen 100 000 neu gewonnenen Mitglieder sind der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung durch die rührige Arbeit der bestehenden Vereine gewonnen worden. Mit dieser Entwicklung darf man im allgemeinen zufrieden sein, wenn gleich bei der Bedeutung der Pflege der Leibesübungen gerade für die Arbeiterschaft zu wünschen wäre, daß weitere Kreise derselben die körperliche Erfrischung als eine ernste Kultur Aufgabe betrachten würden, und wenn ferner die Arbeiter, die leider heute noch den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden angehören, das Unrecht ihres Handelns einsehen würden. Aber dennoch, es geht vorwärts! Rüstig schreitet die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung! Sie ist auf dem besten Wege, ein Machtfaktor zu werden in dem großen Kulturkampf, den die Arbeiterschaft führt.